

### Staatsbürgerliche oder ethische Identität? Der Stand der demokratischen Konsolidierung Südafrikas und die Rolle des Parlaments und der Opposition

Wunden, Wilfried

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sonstiges / other

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wunden, W. (2004). *Staatsbürgerliche oder ethische Identität? Der Stand der demokratischen Konsolidierung Südafrikas und die Rolle des Parlaments und der Opposition*. (Selected Term Paper, 6). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-456522>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Selected Term Paper No. 6

Staatsbürgerliche oder ethnische  
Identität? Der Stand der demokratischen  
Konsolidierung Südafrikas und die Rolle  
des Parlaments und der Opposition

von **Wilfried Wunden**

## August 2004

[http://www.ipw.rwth-aachen.de/for\\_select.html](http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html)

ISSN 1862-8117

# Staatsbürgerliche oder ethnische Identität? - Der Stand der demokratischen Konsolidierung Südafrikas und die Rolle des Parlaments und der Opposition

Wilfried Wunden  
Institut für Politische Wissenschaft, RWTH-Aachen

Selected Term Paper No. 6 / August 2004

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	2
Abkürzungsverzeichnis .....	2
1 Einleitung.....	3
2 Das Konzept der demokratischen Konsolidierung.....	4
2.1 Der Konsolidierungsprozess im Rahmen der Transformationsforschung.....	4
2.2 Das Konzept der demokratischen Konsolidierung im südafrikanischen Kontext.....	6
2.3 Die Bedeutung der Parlamente und der Akteure der Opposition im Konsolidierungsprozess .....	7
3 Südafrika auf dem Weg zu einer autoritären Herrschaft?.....	10
3.1 Das südliche Afrika – Rückschläge für die Demokratie	
3.2 Erfolge und Probleme des Konsolidierungsprozesses in Südafrika .....	11
3.2.1 Die Hauptprobleme des Konsolidierungsprozesses	
3.2.2 Die Einstellungsebene - nationale oder ethnische Identität? .....	14
3.3 Die Frage nach der richtigen ökonomischen Strategie .....	15
3.4 Demokratie, Kultur und Tradition - Religiös-kulturelle Faktoren und Soziales Kapital .....	18
4 Die südafrikanische Legislative in der Konsolidierungsphase und die Rolle der Opposition .....	21
4.1 Die südafrikanische Legislative im föderalen System Südafrikas	
4.2 Besondere Herausforderungen für die südafrikanische Legislative im Konsolidierungsprozess .....	27
4.3 Formen der Opposition im südafrikanischen Regime.....	30
4.3.1 Die Democratic Alliance als der gescheiterte Versuch einer großen Oppositionspartei und andere kleine Oppositionsparteien .....	31
4.3.2 Opposition innerhalb der nationalen Regierung und die Hoffnung auf eine Pluralisierung innerhalb des ANC .....	34
4.3.3 Die Zivilgesellschaft in Südafrika als Opposition am Beispiel des NGO-Sektors .....	35
4.3.4 Opposition durch die südafrikanische Medienlandschaft.....	36
5 Das Phänomen des ‚floor crossing‘ als Lackmustest für die Parlamente.....	37
6 Schluss.....	41
7 Quellen- und Literaturverzeichnis .....	44

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Schematische Übersicht über die Konsolidierungsindikatoren .....	7
Abb. 2: Erfolge und Probleme des Konsolidierungsprozesses .....	12
Abb. 3: South Africa's government structure .....	22
Abb. 4: Korrelation zwischen dem Empfinden der Bevölkerung zum Ausmaß der Demokratie und dem zeitlichen Abstand zum letzten ‚Machtwechsel‘ .....	29
Tab. 1: Nationales Wahlergebnis von 1994 und 1999 .....	31
Tab. 2: ‚floor crossing‘ in den Provinzparlamenten von Western Cape und Kwa-Zulu Natal im Jahr 2003 .....	40
Tab. 3: ‚floor crossing‘ in der NA im Jahr 2003 .....	40

## Abkürzungsverzeichnis

ACDP	African Christian Democratic Party
ANC	African National Congress
COSATU	Congress of South African Trade Unions
DA	Democratic Alliance
DP	Democratic Party
GEAR	Growth, Employment and Redistribution
GNU	Government of National Unity
ID	Independent Democrats
IDASA	Institute for a Democratic South Africa
IEC	Independent Electoral Commission
IFP	Inkatha Freedom Party
NA	National Assembly
NCOP	National Council of Provinces
NNP	New National Party
RDP	Reconstruction and Development Programme
SACP	South African Communist Party
UCDP	United Christian Democratic Party
UDM	United Democratic Movement

## 1 Einleitung

Diese Arbeit untersucht die Rahmenbedingungen für den Konsolidierungsprozess der jungen südafrikanischen Demokratie und die Rolle, die das Parlament und einige Akteure der Opposition in ihm spielen können. Anhand dieser Fragestellung zeigt die vorliegende Arbeit, dass es quantitative Verfahren gibt, die einigermaßen zuverlässige Ergebnisse zum Konsolidierungsstand einer neu entstandenen Demokratie geben können. Im speziellen Fall der Republik Südafrika soll ferner geklärt werden, welche Schritte notwendig sind, um die Konsolidierung der jungen Republik Südafrika erfolgreich fortzuführen und welche Rahmenbedingungen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden müssen. Die strukturellen Voraussetzungen für eine Konsolidierung sind schlecht, und es drohen ähnliche autoritäre Tendenzen, wie sie sich in anderen Staaten des südlichen Afrikas gezeigt haben. Die wichtigste Ursache dafür sind die Schranken zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Das Ziel aller Akteure zur Stärkung und Erhaltung der Demokratie muss daher die Schaffung einer gemeinsamen staatsbürgerlichen Identität sein, die sich gegenüber dem zurzeit noch dominierenden Zugehörigkeitsgefühl zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe abheben soll. Grundvoraussetzung dafür ist eine Politik, die die Überwindung der von der Apartheid geprägten sozialen Konfliktlinien zu ihrer höchsten Priorität macht.

Die Parlamente können hier einen besonderen Beitrag zur demokratischen Konsolidierung leisten. Allerdings werden die Legislative und die offizielle Opposition in Zukunft weder ihre Rolle als Kontrollinstanz der Regierung und des dominierenden, regierenden ANC, noch als Legitimationsquelle für die demokratische Ordnung alleine erfüllen können, wenn es insbesondere den politischen Parteien nicht gelingt, die ethnischen Grenzen der Wählerschaft zu überspringen. Da eine solche Entwicklung nicht abzusehen ist, kommt der Opposition außerhalb des Parlaments eine noch höhere Bedeutung zu.

Nach einer Einführung in das zu Grunde liegende Konzept zur Analyse der demokratischen Konsolidierung und der Definition von Opposition folgt ein kurzer Blick auf die gegenwärtige Situation in einigen Nachbarländern Südafrikas, die vielfach besorgniserregend ist. Anschließend wird ein Überblick zum Stand des südafrikanischen Konsolidierungsprozesses mit seinen Erfolgen und Problemen gegeben, unter besonderer Berücksichtigung der Funktion des Parlaments und der Opposition. Aus einigen parlamentarischen Prozessen der unmittelbaren Vergangenheit, wie dem so genannten ‚floor crossing‘, können aus Sicht des Autors weitere Schlüsse über den Stand der Konsolidierung gezogen werden.

Bei der Erstellung der Arbeit sind einige methodische Probleme aufgetreten. Eine Hauptseminararbeit bietet nicht den Raum für eine detailliertere Untersuchung. So ist weder die Vorstellung eines zugrunde liegenden Demokratiekonzeptes, noch eine ausführlichere Darstellung

der empirischen Analyse möglich. Der beabsichtigte Aktualitätsbezug der Arbeit führt weiterhin zu Schwierigkeiten bei der Quellensuche und einer abschließenden Bewertung gegenwärtiger Entwicklungen des politischen Regimes<sup>1</sup>. Die spezifische Rolle des Parlaments innerhalb der demokratischen Konsolidierung dieses Landes spielt – nach eingehender Recherche – in der Literatur nur eine Nebenrolle. Hinzu kommt, dass es schwierig ist, Zugang zu wissenschaftlicher Literatur über die genaue Funktionsweise des südafrikanischen Parlaments zu erhalten. Ausnahmen sind hier die Website des Parlaments, die – etwas veraltete – Magisterarbeit von Kronauer<sup>2</sup> und die Untersuchungen von Murray und Nijzink<sup>3</sup>. Letztere beklagen „the limitations of the available empirical information“<sup>4</sup>, sodass beispielsweise ein Vergleich der Arbeit von Provinzparlamenten untereinander und mit der nationalen Ebene kaum möglich ist. Daher bietet auch diese Studie im Wesentlichen eine Sammlung von ‚good practices‘, aber keine umfassende Darstellung. Stephan Kaußens breit angelegte Arbeit über die politische Transformation Südafrikas ist eine unumgängliche Fundgrube für jede sozialwissenschaftliche Studie über dieses Land und hat viele wichtige Anregungen auch für diese Arbeit erbracht.

Diese Arbeit ist eine überarbeitete und gekürzte Version einer Hauptseminararbeit, die kurz vor den dritten, demokratischen Wahlen im April 2004 fertig gestellt wurde. Besondere Überraschungen oder gar große Umwälzungen im Parteiensystem waren nicht zu erwarten.

## 2 Das Konzept der demokratischen Konsolidierung

### *2.1 Der Konsolidierungsprozess im Rahmen der Transformationsforschung*

Das Konzept der demokratischen Konsolidierung entstand im Zusammenhang mit der von Samuel P. Huntington<sup>5</sup> formulierten ‚Dritten Welle‘ von Demokratisierungsprozessen, die 1974 in Portugal begann und besonders mit der Wende von 1989 eine große Anzahl autoritärer Regime erfasste. Die demokratische Konsolidierung wird allgemein als die letzte Phase innerhalb eines Sequenzmodells angesehen, das den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime erklärt. Nach einer Liberalisierungsphase, in der sich das autoritäre Regime öffnet, folgt die so genannte Demokratisierungsphase, die die Einführung demokratischer politischer Institutionen beinhaltet. Diesen beiden Phasen, die die eigentliche Transition, das heißt den Übergang zur

---

<sup>1</sup> Da sich auch meine Arbeit an dieser Stelle mit der Konsolidierung des politischen Regimes (Definition vgl. Merkel) beschäftigt, vermeide ich hier – wie dies auch Heinrich tut – den umfassenderen Begriff des ‚Systems‘.

<sup>2</sup> Bernd Rodger Kronauer: Das Parlament und der demokratische Konsolidierungsprozeß in Südafrika, Magisterarbeit, Universität zu Köln 1998.

<sup>3</sup> Christina Murray und Lia Nijzink: Building Representative Democracy, South Africa's Legislatures and the Constitution. 2002. Online im Internet: <[http://www.parliament.gov.za/eupsp/newsletters/building\\_democracy/index.html](http://www.parliament.gov.za/eupsp/newsletters/building_democracy/index.html)> [zugegriffen am 7. Januar 2004].

<sup>4</sup> dies. S. viii.

<sup>5</sup> Samuel P. Huntington: The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century, Norman 1991.

Demokratie bilden, schließt sich ein demokratischer Konsolidierungsprozess an.<sup>6</sup> Der Beginn dieser Phase wird allgemein mit der Verabschiedung der Verfassung oder der demokratischen Revision der alten Verfassung markiert, wobei in Teilbereichen eine Konsolidierung auch schon früher stattfinden kann. Jedenfalls sind die wesentlichen Institutionen im Regelfall bereits eingerichtet und die Akteure des politischen Regimes fangen an, ihre Handlungen an den abgesicherten demokratischen Normen auszurichten.

In der Transformationsforschung ist es jedoch umstritten, zu welchem Zeitpunkt eine Demokratie als konsolidiert gilt und durch welche Schritte welche politischen und gesellschaftlichen Institutionen überhaupt stabilisiert werden müssen. Diese Hinweise zeigen einerseits die Notwendigkeit einer Verständigung über ein zugrunde liegendes, gemeinsames Demokratiekonzept, stellen aber auch die Frage nach einem operationalisierbaren Konzept für die demokratische Konsolidierung, das im Sinne von Sartoris ‚Abstraktionsleiter‘ einerseits eine ausreichende Reichweite, also Aussagekraft besitzt, andererseits aber auch die Spezifität, die eine Operationalisierung durch empirisch überprüfbare Indikatoren erst möglich macht.<sup>7</sup> Konzepte, in denen man sich auf kleinere Teilbereiche des Konsolidierungsprozesses beschränkt (Fokussierung auf eine bestimmte Gruppe von Demokratien, theoretische (Vor-) Festlegung auf den eigentlich empirisch zu ermittelnden Ablauf des Prozesses, usw.), sind sicherlich empirisch einfacher zu überprüfen, in ihrer Reichweite jedoch stark eingeschränkt.

Auf Grundlage von Plassers, Ulrams und Waldrauchs Untersuchung über „Politischen Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa“<sup>8</sup> entwickelte Volkhart Heinrich im Rahmen der Untersuchung über die Rolle des NGO - Sektors im demokratischen Konsolidierungsprozess Südafrikas ein Konzept, das sowohl an eine (erweiterte liberale) Demokratiedefinition<sup>9</sup> angebunden ist, als auch eine empirische Analyse des Konsolidierungsprozesses enthält. Diese Analyse ermittelt anhand von verschiedenen Indikatoren die Verhaltens- und Einstellungsmuster der Bürger gegenüber den in der Transition eingeführten demokratischen Institutionen. Es geht also um die so genannte ‚positive Konsolidierung‘, die Einstellung und Verhalten der Bürger zu den neuen demokratischen Institutionen reflektiert.<sup>10</sup> Negative Konsolidierung ist per definitionem bereits dann erreicht, wenn sich kein relevanter sozialer oder politischer Akteur seine Ziele und Interessen außerhalb des neuen demokratischen Systems verfolgt. Eine kurze Beschreibung des Konzeptes und dessen Anwendung auf die Republik Südafrika erfolgt im dem nun folgenden Unterkapitel.

---

<sup>6</sup> Wolfgang Merkel: Systemwechsel. Eine Einführung in die Theorie und die Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999, S. 143 ff.

<sup>7</sup> Volkhart Heinrich: Demokratische Konsolidierung in Südafrika. Die Rolle des NGO – Sektors, Institut für Afrika – Kunde, Hamburg 2001, S.11.

<sup>8</sup> Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Harald Waldrauch: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa., Opladen 1997.

<sup>9</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 7.

<sup>10</sup> Geoffrey Pridham (zitiert nach: Wolfgang Merkel: Systemwechsel, a.a.O., S. 144.).

## ***2.2 Das Konzept der demokratischen Konsolidierung im südafrikanischen Kontext***

Wie bereits erwähnt, wird mit dem genannten Konzept der Stand der Demokratie sowohl auf der Verhaltensebene, als auch auf der Einstellungsebene der Bürger analysiert. Bei der Verhaltensebene gilt es das demokratische Regime in zwei Elemente zu gliedern, nämlich Regierungsinstitutionen und Gesellschaft (zusammengesetzt aus Parteien, Zivilgesellschaft und Bevölkerung). Diese beiden Elemente des demokratischen Regimes werden nun in so genannte „intra- und inter-Beziehungen“ zueinander gesetzt, sodass die folgenden vier Dimensionen entstehen: (1) *inner- beziehungsweise intra-gesellschaftliche Beziehungen*; diese Dimension untersucht die politische Konkurrenz und den Pluralismus in Südafrika; ein wichtiger Indikator hierbei ist das Verhältnis der so genannten ‚cleavages‘ zwischen Rassen und Klassen. Die (2). Dimension bilden die *Einflussbeziehungen der Gesellschaft auf die Regierungsinstitutionen* („bottom – up“); untersucht werden in diesem Bereich Partizipationsformen und der Grad der Interessenrepräsentation durch das demokratische Regime. In der (3). Dimension werden nun die *Einflussbeziehungen der Regierungsinstitutionen auf die Gesellschaft* („top – down“) betrachtet, indem man die Steuerungsfähigkeit des Staates (substantielle Legitimation), aber auch die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Akzeptanz von gesellschaftlichen Pluralismus (prozedurale Legitimation) durch den Staat anhand verschiedener Indikatoren feststellen lässt. Die (4). Dimension innerhalb der Verhaltensebene beschreibt die *Beziehungen innerhalb der Regierungsinstitutionen*; Grundlage für eine eventuell positive Bewertung muss hier der Nachweis eines funktionierenden und von allen Beteiligten anerkannten Systems der horizontalen Verantwortlichkeit sein; Regelverletzungen durch staatliche Institutionen oder aber Korruption führen zu einer negativen Beurteilung dieser Dimension.

Neben der Verhaltensebene steht die eng mit ihr verbundene Einstellungsebene. Auf dieser Ebene wird die für diese Arbeit zentrale Frage nach der Präferenz für eine demokratische Staatsform und nach der staatsbürgerlichen Identität gestellt. Sollte nämlich wie in vielen multiethnischen Staaten die ethnische über eine staatsbürgerliche Identität vorherrschen, so wäre die Legitimität des Regimes, die als „Schlüsselkategorie der demokratischen Konsolidierung“<sup>11</sup> gilt, in Frage gestellt.

Heinrichs Konzept für die Untersuchung über die ‚positive Konsolidierung‘ der Demokratie in der Republik Südafrika ist meines Erachtens eine brauchbare Rechengrundlage, berücksichtigt die Interdependenzen des politischen Regimes in angemessener Weise und ist offensichtlich das erste und einzige operationalisierbare Konzept seiner Art. Daher bilden die Ergebnisse seiner empirischen Untersuchung – teilweise ergänzt durch aktuelleres Datenmaterial oder neueste politische Entwicklungen – eine wichtige Grundlage für die Arbeit. Da die Einstellungsebene bei Heinrich

---

<sup>11</sup> Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999, S. 174 ff.



allerdings nur wenig Beachtung findet, sollen im Zusammenhang mit der besonderen Rolle des Parlaments als die wichtigste Schnittstelle der zwei Elemente des politischen Regimes, Regierungsinstitutionen und Gesellschaft, weitere Forschungsergebnisse zur demokratischen Einstellung der Südafrikaner vorgestellt werden, die die Stellung der Volksvertretungen verdeutlichen.

Die folgende Abbildung zeigt die Dimensionen der Verhaltensebene und die Einstellungsebene und ordnet ihnen potentielle Probleme für den südafrikanischen Konsolidierungsprozess und die Indikatoren zu.

Abb. 1: Schematische Übersicht über die Konsolidierungsindikatoren<sup>12</sup>

	Verhaltensebene (Regime-Dimensionen)				Einstellungsebene
	Intra-Gesellschaft	Gesellschaft ⇔ Regierung	Regierung ⇔ Gesellschaft	Intra-Regierung	
<i>Merkmale für demokratische Staatsform</i>	politische Konkurrenz und Pluralismus	Partizipationsformen und Interessenrepräsentationskanäle	substantielle und prozedurale Legitimation	System der horizontalen Verantwortlichkeit	demokratische politische Kultur
<i>potentielle Probleme für den süd-afrik. Konsolidierungsprozeß</i>	fragmentierte Gesellschaft; soziale Intoleranz	politische Gewalt; ineffektive Interessenrepräsentation	keine Akzeptanz von Pluralismus und Bürgerrechten durch den Staat; reserved domains	Übergriffe von Regierungsinstitutionen; Korruption der Staatsbürokratie	keine Legitimität der Demokratie, Vorherrschen von Gruppen-Identitäten
<i>Indikatoren</i>	1) Cleavage-Verhältnis Rasse-Klasse 2) cleavage-basiertes Wahlverhalten 3) Intergruppenbeziehungen	4) politische Intoleranz 5) politische Morde 6) Wahlbeteiligung 7) Partei-Identifikation 8) Parteienwettbewerb	9) Bürgerrechtsindex 10) wahrgen. Diskriminierung durch Regierung 11) Kriminalitätsrate 12) Arbeitslosigkeit	13) Regelverletzungen durch staatl. Institutionen 14) Korruptionsindex	15) Legitimität der Demokratie 16) Stärke staatsbürgerl. Identitäten

### 2.3 Die Bedeutung der Parlamente und der Akteure der Opposition im Konsolidierungsprozess

Parlamente nehmen in Systemtransformationen von autoritären zu demokratischen Regimen eine wichtige Rolle ein. Dies wird zum Beispiel dadurch deutlich, dass die Institutionalisierungsphase

allgemein mit der Verabschiedung einer endgültigen Verfassung (durch das Parlament) als beendet gilt.<sup>13</sup> Des Weiteren ist Samuel P. Huntington der Auffassung, dass eine Konsolidierung allgemein dann als erreicht gelten kann, wenn der ‚two turnover test‘ bestanden ist, wenn also die Gruppen, die erfolgreich aus der Transition hervorgegangen sind, ihre Regierungsmehrheit in einer späteren Wahl wieder verlieren.<sup>14</sup> Auch hier hätte das Parlament eine zentrale Rolle zu spielen. Allerdings wäre Südafrika in diesem Fall – wie sich zeigen wird - noch weit entfernt von einer Konsolidierung.

Welche Rolle spielt das Parlament aber nun innerhalb der Konsolidierungsphase? Zunächst gilt es anzunehmen, dass die südafrikanische Legislative auch Funktionen übernimmt, die es in den konsolidierten Demokratien erfüllt. Werner J. Patzelt nennt fünf Funktionen eines Parlaments, an denen man eine ausreichende (vergleichende) Analyse vornehmen könnte:

„Regierungs- und Verwaltungskontrolle; Politikgestaltung, unter anderem und nicht zuletzt in Form der Gesetzgebung; Sicherung von Kommunikation zwischen Gesellschaft und zentralem politischen Entscheidungssystem; Wahl von Amtsträgern, gegebenenfalls und mit weitreichenden Systemfolgen in der Form der Regierungsbildung; institutionelle Selbstreproduktion.“<sup>15</sup>

Allerdings stellt Bernd Rodger Kronauer in seiner Arbeit über die Rolle des südafrikanischen Parlaments im Konsolidierungsprozess fest, dass im Gegensatz zur vergleichenden Parlamentarismusforschung, die häufig das Verhältnis von Regierung und Parlament in den Vordergrund der Untersuchung stellt, die Konsolidierungsforschung das Parlament eher als ‚central site‘ des Prozesses der Konsolidierung begreift.<sup>16</sup> Sie stellt dabei drei Faktoren in den Vordergrund, an denen die Bedeutung des Parlaments als eine solche ‚central site‘ gemessen werden kann:

1. „Die Integrationsfähigkeit der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, den Konsens oder zumindest die Folgebereitschaft einflussreicher Sektoren der Bevölkerung zu den Regierungspolitiken zu gewinnen.
2. Die Stabilisationsfähigkeit der friedlichen Konfliktregulation zwischen den parlamentarischen Akteuren durch allgemein anerkannte parlamentarische Verfahren als eine Bedingung für die Entscheidungskapazität und Regierbarkeit des neuen Regimes.
3. Der Grad an Unterstützung durch die Öffentlichkeit.“<sup>17</sup>

Diesen drei Faktoren folgend, teilt Kronauer der Fähigkeit des Parlaments zur Integration, zum Konfliktmanagement und zur Kommunikation besondere Aufmerksamkeit zu. Darüber hinaus zieht er aus den genannten Punkten die Konsequenz, dass dabei die folgenden Themen besonders wichtig werden: Das Wahlsystem, die Widerspiegelung demographischer Merkmale durch die Abgeordneten, eine Elitenintegration, das parlamentarische Zusammenspiel von Opposition und Regierungsmehrheit, die Steuerungs- und Gestaltungsmittel des Parlaments - darunter das

---

<sup>12</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 20.

<sup>13</sup> Wolfgang Merkel: Systemwechsel, a.a.O., S 143.

<sup>14</sup> Samuel P. Huntington: The Third Wave., a.a.O., S. 266f.

<sup>15</sup> Werner J. Patzelt: Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Sonderband zum 25jährigen Bestehen. Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente, S. 380.

<sup>16</sup> Ulrike Liebert: Parliament as a Central Site in Democratic Consolidation: a Preliminary Exploration. In: dies. und Maurizio Cotta (Hrsg.): Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe, London / New York., S. 15 (zitiert nach: Bernd Rodger Kronauer: Das Parlament, a.a.O, S. 14.).

<sup>17</sup> Bernd Rodger Kronauer: Das Parlament, a.a.O, S. 14.

Ausschusswesen -, den Einfluss des Parlaments auf verschiedene Politikfelder und die Kommunikation zwischen dem Parlament als Institution, seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit. Darüber hinaus bedient sich Kronauer bei seiner Analyse eines Parlamentarismusbegriffs mit „neo-institutionellem Ansatz“<sup>18</sup>, wie er bei Bagehot und Mill vorzufinden sei, der es erlaube, neben der Darstellung von institutionellen Verfahren und Mechanismen auch Verhalten, Einstellungen und Beziehungen von einzelnen Akteuren herauszustellen. Auch dies trifft sich mit der Zielsetzung dieser Arbeit, die die Rolle der Akteure der Opposition ebenfalls genauer betrachten wird.

Die Verwendung von Kronauers Arbeit für diese Hausarbeit ist nur in einem eingeschränkten Rahmen möglich. Kronauer hofft aus der Analyse all dieser Bereiche „eine Bewertung der parlamentarischen Konfliktlösungskapazität“<sup>19</sup> vornehmen zu können. Die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist aber eher die Darstellung des Standes der demokratischen Konsolidierung und welche Rolle dem Parlament hier und jetzt zukommt. Kronauers Analyse ist dementsprechend - auch in seinen eigenen Worten - ‚selektiv‘ im Bezug auf die Bereiche, die er zur Untersuchung ‚herauspicks‘. Weitere Einschränkungen betreffen das inzwischen veraltete Datenmaterial und das Auslassen der Provinzparlamente. Die Statistiken beziehen sich überwiegend auf die erste Wahlperiode und dabei besonders auf die Jahre 1994-1996, die noch zur Transitionsphase gehören. Mit der Verabschiedung der endgültigen Verfassung und der wichtigsten Gesetze, aber auch mit den zweiten demokratischen Wahlen hat sich die Funktion des Parlaments - wie dies diese Arbeit zeigen wird - verändert.

Wie bereits erwähnt analysiert diese Arbeit den Konsolidierungsprozess auch aus der für die Politikwissenschaft vorteilhafteren akteurstheoretischen Perspektive<sup>20</sup>, nämlich der der oppositionellen Akteure. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass der systemtheoretischen Perspektive die geringere Bedeutung zugeteilt wird. Es geht viel mehr darum, sich eine Synthese zwischen makrosoziologischen und mikropolitologischen Ansätzen zum Ziel zu setzen, das heißt, dass die Akteure in ihren Kontext gestellt werden. Nur durch die Analyse sowohl der Restriktionen (constraints) für den Handlungsspielraum, als auch des Maßes der Handlungsfreiheit der Akteure kann die jeweilige Rolle richtig interpretiert werden.<sup>21</sup>

Nach Alfred Stephan kann eine Opposition nach einer demokratischen Transition die Demokratie festigen und konsolidieren, „by turning vital ‘non issues’ into issues and by creating new structures of participation, transparency and ultimately of accountability“<sup>22</sup>. Die Akteure der Opposition können vielfältig sein. Wichtig ist nicht nur die parlamentarische Arbeit der

---

<sup>18</sup> Ders., S. 2f.

<sup>19</sup> Ders., S.3.

<sup>20</sup> Wolfgang Merkel: Systemwechsel, a.a.O., S. 107 ff.

<sup>21</sup> Ebenda

Oppositionsparteien, sondern auch die „informal opposition“<sup>23</sup>, die sich von den Medien über die Zivilgesellschaft bis hin zur Kontrolle der Regierung in parlamentarischen Ausschüssen, auch durch die eigenen regierungsnahen Parlamentarier, erstrecken kann. Diese Sichtweise hat sich auch in der Fachliteratur durchgesetzt, da die Notwendigkeit gesehen wird, die Definition der Opposition, angesichts ihrer vielen Funktionen, zum Zwecke der Möglichkeit „komplexer Ausgestaltung offenzuhalten“<sup>24</sup>. Die zentrale Funktion, nämlich die Legitimitätszufuhr und damit die Integration des politischen Systems, ist für die Untersuchung von hoher Bedeutung, sowohl in Bezug auf das Parlament als auch auf die Funktion der Opposition, da es sich bei Südafrika um ein Regime mit einem hohen Grad gesellschaftlicher Antagonismen handelt. Mit dieser Frage und dem Stand des Konsolidierungsprozesses beschäftigt sich nun das nächste Kapitel.

### 3 Südafrika auf dem Weg zu einer autoritären Herrschaft?

#### *3.1 Das südliche Afrika – Rückschläge für die Demokratie*

Die Southern African Development Community (SADC) wird häufig in zwei Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe besteht aus Staaten wie Mauritius, Moçambique, Botswana und Südafrika, die einigermaßen gut geführt werden und auch Erfolge vorzuweisen haben. Die andere und größere Gruppe wird von Führern gelenkt, die Politik als Quelle der persönlichen Bereicherung verstehen. Ein besonderes Negativ-Beispiel ist in diesem Zusammenhang Simbabwe.<sup>25</sup> Kenneth Good, Professor für Politikwissenschaft an der University of Botswana, hat eine ausführliche, vergleichende Studie zwischen dem Stand der Demokratie in Botswana, Namibia und Südafrika durchgeführt und kam dabei zu dem Ergebnis, dass auch das zur erfolgreicheren Gruppe zugehörige Botswana sein demokratisches Selbstverständnis auf eine geregelte, freie und faire Vielparteien - Wahl beschränkt und sich auf dem verhältnismäßig hohen – auf den Diamantenminen basierenden - Reichtum ausruht.<sup>26</sup> Folge daraus seien Autoritarismus, ein unethischer Regierungsstil und eine mangelnde Bereitschaft zur Rechenschaftspflicht (unaccountability). Vergleichbare und noch größere Probleme sind auf dem ganzen Kontinent anzutreffen: In den ersten Jahren der 90er hat es in den südlich von der Sahara gelegenen 48 Ländern in insgesamt 35 Staaten Wahlen gegeben. Dabei kann man jedoch nur in 6 Ländern von Wahlen sprechen, die einigermaßen frei und fair gewesen

---

<sup>22</sup> Alfred Stephan: Democratic Opposition and Democratization Theory. In: Government and Opposition, Vol. 32, Nr. 4, 1997, S. 657.

<sup>23</sup> J. E. Spence: Opposition in South Africa. In: Government and Opposition, Vol. 32, Nr. 4, S. 522.

<sup>24</sup> Heinrich Oberreuter: Opposition [1] Westliche Länder. In: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1998. S. 486.

<sup>25</sup> Werner Vogt: Fortschritt, Stagnation und Zerfall in Afrikas Süden. Die Gesetzlosigkeit in Simbabwe beeinträchtigt das Image einer ganzen Region. In: NZZ, Nr. 279, 29. November 2000, S. 7.

<sup>26</sup> Kenneth Good: Realizing Democracy in Botswana, Namibia and South Africa, Africa Institute Research Paper 59, Pretoria 1997, S. 145.

sind. In den meisten Ländern geht es nur noch darum, Eliten zu wählen. In Namibia und Südafrika hingegen hat man es, so Good, verstanden, der eigenen Bevölkerung Partizipation zu ermöglichen.

Für diese Arbeit stellt sich nun die Frage, in wie fern die Entwicklungen in der Region zugleich Szenarien für die zukünftige Entwicklung Südafrikas darstellen können und ob es afrikanisch-kulturelle oder andere Faktoren gibt, die einer Konsolidierung der Demokratie beziehungsweise einem parlamentarischen System in Südafrika entgegenstehen. Daher soll zunächst ein Blick auf die aktuelle Südafrikanische Situation geworfen werden.

### ***3.2 Erfolge und Probleme des Konsolidierungsprozesses in Südafrika***

Dieses Unterkapitel zeigt eine grobe Zusammenfassung der Ergebnisse von Volkhart Heinrichs Untersuchung über den Konsolidierungsprozess in Südafrika. Eine detaillierte Wiedergabe der Ergebnisse ist an dieser Stelle nur in den Punkten möglich, die die zentrale Problematik der südafrikanischen Demokratie, nämlich die Frage des staatsbürgerlichen Bewusstseins der Bevölkerung zum Thema hat. Daher werden hier schwerpunktmäßig die innergesellschaftlichen Beziehungen auf der Verhaltensebene und die Einstellungsebene genauer betrachtet.

In den weiteren Unterkapiteln werden Faktoren angesprochen, die für den Konsolidierungsprozess von Relevanz sind, aber für die Ermittlung des Zustands der Konsolidierung bei Heinrich wenig in Betracht gezogen werden. Der regionale Kontext wurde bereits unter 3.1 behandelt. Die Darstellung des wirtschaftlichen Kontextes erfolgt in Kapitel 3.3. Von großem Interesse scheint auch eine Betrachtung aus kulturtheoretischer Sicht (3.4).<sup>27</sup>

#### **3.2.1 Die Hauptprobleme des Konsolidierungsprozesses**

In der Abbildung werden die bereits genannten Indikatoren einerseits mit positiv, neutral oder negativ für die Konsolidierung im statischen Sinne bewertet. Andererseits wird auch die positive, neutrale oder negative Entwicklung der Indikatoren über die Zeit, also eine dynamische Bewertung vorgenommen. Heinrich erhebt dabei keinen Anspruch auf ein exaktes quantitatives Resultat. Besonders bezüglich der zwei Dimensionen, die die Einflussbeziehungen zwischen Gesellschaft und Regierungsinstitutionen darstellen, war eine sehr unterschiedliche Dynamik zu verzeichnen.

---

<sup>27</sup> Diese weiteren Faktoren sind wiederum dem Konsolidierungsmodell Merkels entnommen: Wolfgang Merkel: Systemwechsel, a.a.O., S. 95ff und 147.

Abb. 2: Erfolge und Probleme des Konsolidierungsprozesses<sup>28</sup>

	Verhaltensebene (Regime-Dimensionen)				Einstellungsebene
	Intra-Gesellschaft	Gesellschaft ⇔ Regierung	Regierung ⇔ Gesellschaft	Intra-Regierung	
<i>Merkmale für demokratische Staatsform</i>	politische Konkurrenz und Pluralismus o →	a) Partizipationsformen + ↑ b) Interessenrepräsentationskanäle - ↓	Legitimation a) prozedural o → b) substantiell - ↓	System der horizontalen Verantwortlichkeit o →	demokratische politische Kultur o →
<i>Indikatoren</i>	1) Cleavage-Verhältnis Rasse-Klasse: - ↑ 2) cleavage-basiertes Wahlverhalten: + → 3) Intergruppenbeziehungen: - ↓	4) politische Intoleranz: o ↑ 5) politische Morde: + ↑ 6) Wahlbeteiligung: o ↓ 7) Parteiidentifikation: - → 8) Parteienwettbewerb: - ↓	9) Bürgerrechtsindex: + → 10) wahrgen. Diskriminierung durch Regierung: - ↓ 11) Kriminalitätsrate: - → 12) Arbeitslosigkeit: - ↓	13) Regelverletzungen durch staatl. Institutionen: + → 14) Korruptionsindex: - →	15) Legitimität der Demokratie: o → 16) Stärke staatsbürgerl. Identitäten: + →
statische Bewertung: + = positiver Einfluß o = neutral - = negativer Einfluß				dynamische Bewertung: ↑ = positive Entwicklung → = gleichbleibend ↓ = negative Entwicklung	

Sollte eine demokratische Konsolidierung scheitern, dann gibt es eigentlich nur zwei mögliche Szenarien, nämlich entweder den Zusammenbruch der Demokratie oder aber die schleichende Erosion derselben. Die Indikatoren, die auf einen Zusammenbruch hinweisen würden, wie zum Beispiel politische Morde, der Bürgerrechtsindex oder Regelverletzungen durch den Staat sind nach Heinrichs Berechnungen eher positiv für eine Konsolidierung. Wenn überhaupt, dann ist eine allmähliche Erosion der jungen Demokratie in Südafrika zu befürchten, die durch wachsende Enttäuschung über die schlecht funktionierenden Institutionen der repräsentativen Demokratie und die nicht gelösten Probleme des Landes entstehen. Die Legitimität der Demokratie, so Heinrich, ist eng mit den substantiellen Erfolgen der Regierung verknüpft und daher sehr fragil. „Eine demokratische politische Kultur, beruhend auf einer ‚bedingungslosen‘ Unterstützung der

<sup>28</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 82.

Demokratie sowie der Befolgung demokratischer Normen, wie Toleranz und Kompromissbereitschaft, konnte noch nicht Fuß fassen.“<sup>29</sup>

Betrachtet man die kritischsten Indikatoren, welche sowohl einen negativen Einfluss auf die Konsolidierung als auch eine negative Entwicklung über die Zeit aufweisen, so wird die zentrale Bedeutung des ANC für die Konsolidierungschancen deutlich: Intergruppenbeziehungen, Parteienwettbewerb, wahrgenommene Diskriminierung durch die Regierung und Arbeitslosigkeit sind Indikatoren, auf die der zentrale Akteur in Regierung und Parteienwettbewerb bei weitem den größten Einfluss ausüben kann. Diese Schlüsselstellung innerhalb der Konsolidierung in Verbindung mit der voraussichtlich längerfristigen Vormachtstellung des ANC verweist auf die große Gefahr einer Verschmelzung von dominierender Partei und Staat. Dies könnte nicht nur zu der befürchteten schleichenden Autokratisierung des Landes führen, sondern auch Gegenreaktionen der ethnischen Minderheiten provozieren.<sup>30</sup>

Das Ergebnis des ersten Indikators, der das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Rassenzugehörigkeit beschreibt und anhand des von Rae und Taylor entwickelten „Index of Cross-Cutting“<sup>31</sup> (XC) ermittelt wird, beweist: „die ganz überwiegende Mehrheit der Armen (96%) ist (...) immer noch schwarz.“<sup>32</sup> Dies stimmt mit den Ergebnissen der Sozialwissenschaftler überein, die den Anteil der schwarzen Bevölkerung unter der Armutsgrenze auf 61%, bei den Weißen und Indern jedoch nur auf 1 beziehungsweise 5% errechnet haben. Südafrika steht auf der weltweiten Liste des größten Armutsgefälles auf Rang zwei, gleich hinter Brasilien.<sup>33</sup> Wenn es stimmen sollte, dass gerade die Überschneidung der Konfliktlinien (cross-cutting of cleavages) die ihnen eigene politische Sprengkraft abmildert und politisch moderatere Einstellungen fördert, dann stellt der Mangel daran „einen guten Nährboden für populistische Politikstrategien und eine potentielle Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie dar“<sup>34</sup>. Wenn zu dem Mangel an ‚cross-cuttings‘ zwischen Rassen und Klassen auch Intoleranz und Ablehnungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen hinzukommen, erhöht sich die Gefahr für die demokratische Konsolidierung zusätzlich.

Die Analyse des zweiten Indikators ‚cleavage - basiertes Wahlverhalten‘ des in Kapitel 2.2 beschriebenen Konzeptes ergibt, dass der Einfluss von Rasse / Ethnizität sich nur indirekt auf die Wahlentscheidung der Bürger auswirkt, nämlich durch die häufig mit den Rassenschränken zusammenfallenden spezifischen Interessen der Subkulturen, die das Apartheidsystem hinterlassen

---

<sup>29</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 83.

<sup>30</sup> Auch Heinrich zieht hier die Parallele zu Simbabwe und der Regierungspartei ZANU - PF. Ders., S. 84.

<sup>31</sup> Für Südafrika ergab sich auf Grundlage der Zensusdaten von 1996 nach den Berechnungen von Heinrich der hohe Wert von 0.411 bei einem möglichen Maximum von 0.55. Ein hoher Wert zeigt die hohe Korrelation zwischen Rasse und Klasse gemessen am Einkommen an.

<sup>32</sup> Ders., S. 57.

<sup>33</sup> Bratton, Michael: South Africa. In: Jeffrey Kopstein und Mark Lichbach (Hrsg.): Comparative Politics. Interests, Identities, and Institutions in a Changing Global Order, Cambridge 2000, S. 383 - 412.

<sup>34</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 57.

hat. Während sich die englisch- und afrikaanssprachigen Weißen noch in der Apartheidzeit annäherten, waren die Schwarzen nach linguistischen Kriterien in getrennte Territorien verfrachtet worden. Die Parlamentswahlen von 1999 unterscheiden sich von den Ergebnissen der 1994er in der Frage der Beziehung von Ethnizität und Parteiwahl kaum. Selbst die erstarkte Democratic Party (DP) erhielt zum Beispiel starken Zulauf von Coloureds.<sup>35</sup> Die These, dass die beiden bisherigen nationalen Wahlen ein ‚ethnic census‘ gewesen sei, ist daher als „zu oberflächlich“<sup>36</sup> zu bezeichnen. So zeigen beispielsweise Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2003, dass die verschiedenen ethnischen Gruppen ziemlich einmütig Arbeitslosigkeit (84%) und Kriminalität (35%), als auch Armut (27%) und AIDS (26%), als die wichtigsten Probleme des Landes bewerteten, wenn auch die weiße Bevölkerung die Sicherheitsfragen deutlich höher eingruppierten.<sup>37</sup>

Die vorliegenden Umfragedaten aus dem Jahre 1998 für den dritten Indikator enthüllen vor allem bei Weißen und Indern große Defizite bei der Akzeptanz anderer ethnischer Gruppen.<sup>38</sup> Trotz der Tatsache, dass Rassenkategorien in Südafrika eine große Rolle spielen, ist die Bezeichnung „tief gesplante Gesellschaft“ für Südafrika zu kurz gefasst. Es gibt nämlich - neben sozialen und ethnischen - einige weitere Konfliktlinien wie religiöse, sprachliche und ideologische, die durch ihre Überschneidungen die ‚cleavages‘ auch wieder abschwächen. Weiterhin sind Identität und Einstellung der Rassen keineswegs statisch, wie das Beispiel der Coloureds zeigt. Dennoch stellt „die Verbindung von Armut mit schwarzer Hautfarbe wohl die größte Gefahr für die demokratische Konsolidierung dar“.<sup>39</sup>

### 3.2.2 Die Einstellungsebene - nationale oder ethnische Identität?

Die Untersuchung der demokratischen Einstellung ist deshalb wichtig, da sie den Akteuren Gelegenheit bieten können, diese in konkretes Handeln umzuwandeln. Heinrich kommt in seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Legitimitätsgrundlage der Demokratie sich leicht verstärkt hat, die Zustimmung jedoch stark von der wahrgenommenen Leistung der Regierungsinstitutionen abhängt. Eine solche ‚performanzbasierte Legitimität‘ stellt eine bedeutende Gefahrenquelle für die Konsolidierung dar.<sup>40</sup> Problematisch ist auch die niedrige und weiter abnehmende demokratische Einstellung der Weißen und Inder, die sogar abnimmt. Das dadurch höhere Unterstützungspotenzial für anti-demokratische Gruppierungen ist bisher nur selten in Erscheinung getreten. Häufig wird jedoch die Option des ‚Exit‘ gewählt, des Rückzugs ins Private

---

<sup>35</sup> Michael A. Lange: Die Parlamentswahlen in Südafrika 1999. In: KAS - Auslandsinformationen 8/99, S. 86.

<sup>36</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S55.

<sup>37</sup> IDASA Political Information and Monitoring Service: Party support in South Africa's third democratic election, Elections Brief, 20. Februar 2004. Online im Internet: [www.idasa.org.za](http://www.idasa.org.za) [zugegriffen am 2. April 2004].

<sup>38</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S 58.

<sup>39</sup> Ders., S. 60.

<sup>40</sup> Ders., S. 80.



oder aber der Emigration.<sup>41</sup> Stephan Kaußen weist darauf hin, dass durch die verinnerlichte Boykothaltung gegenüber dem weißen Staat auch bei vielen Schwarzen bis heute eine Skepsis gegenüber staatlichen Einrichtungen herrscht, die sich bis hin zur Weigerung auswirkt, für öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung Geld zu bezahlen.<sup>42</sup> Insgesamt scheinen sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen aber an die Demokratie gewöhnt, oder zumindest sich mit ihr abgefunden zu haben<sup>43</sup>, was für die These spricht, dass „die negative Konsolidierung gelungen ist, nach der es zur demokratischen Ordnung keine echte Alternative gibt“<sup>44</sup>.

Auf die Frage nach der Einstellung zur Nation erhält man widersprüchliche Ergebnisse. Nur 22% der Bevölkerung würden sich spontan als Südafrikaner bezeichnen. Bei dieser Frage wird überwiegend nach Gruppenidentitäten geantwortet. Jedoch gibt es ein hohes Maß an Identifikation mit Südafrika als politischer Gemeinschaft. 94% Prozent der Befragten haben 1997 mit ja auf die Frage geantwortet, ob sie stolz seien, Südafrikaner zu sein. Die Apartheid scheint zwar die Gruppenidentitäten verfestigt zu haben, jedoch ist - so Heinrich - ein starkes Verlangen nach einer gemeinsamen staatlichen Identität entstanden, die durch das autoritäre Regime verleugnet worden war.<sup>45</sup> Seine Schlussfolgerung, dass es eine Symbiose zwischen Gruppen- und staatsbürgerlichen Zugehörigkeitsgefühlen gibt und daher „keinerlei Hindernis für die demokratische Konsolidierung“ gegeben sei, darf wirklich nur auf die Einstellung zum Staat Südafrika verstanden werden. Für die verschiedenen schwarzen Stämme mag ein Zusammengehörigkeitsgefühl existent sein. Ein allgemeines schwarz-weißes Zusammengehörigkeitsgefühl als ‚Südafrikaner‘ ist aus eigener Sicht kaum festzustellen und bedarf einer genaueren Untersuchung. Auch Stephan Kaußen verweist auf die Kultur der Trennung unter der Apartheid, die die individuellen und kollektiven Mentalitäten geprägt hat und zur Überwindung sehr viel Zeit benötigt.<sup>46</sup> Welche Beiträge dazu die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre geleistet hat, thematisiert das folgende Kapitel.

### ***3.3 Die Frage nach der richtigen ökonomischen Strategie***

Eines der umstrittensten Themen in der Zeit nach der Apartheid war die Wirtschaftspolitik. Welche ökonomische Strategie eignet sich am besten, um das Erbe der Apartheid zu überwinden und Südafrika trotz seiner großen sozialen Probleme in eine gute Zukunft zu bringen? Die Government of National Unity (GNU), die nach den ersten Wahlen entsprechend der Übergangsverfassung ihre Arbeit aufnahm, entschloss sich zu einem weitgehend neoliberalen Kurs

---

<sup>41</sup> Untersuchungen haben ergeben, dass das Ausmaß an Emigration unter Weißen nicht dramatisch hoch ist, warnen jedoch vor den langfristigen wirtschaftlichen Schäden durch den Verlust gut ausgebildeter Bürger. Armin Osmanovic: Emigration im neuen Südafrika - Ursachen und Auswirkungen. In: Nord-Süd Aktuell, Nr. 4, 1999, S. 645 - 653.

<sup>42</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie. a.a.O., S. 340f.

<sup>43</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 80.

<sup>44</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie. a.a.O., S. 329.

<sup>45</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 81.

<sup>46</sup> ders. S. 357.

in der Wirtschaftspolitik.<sup>47</sup> Das Reconstruction and Development Programme (RDP), entworfen als Teil des Wahlprogramms des ANC für die ersten demokratischen Wahlen von 1994, wird zwar bis heute in gewissen Teilen durch die Behörden auf nationaler und provinzieller Ebene fortgeführt. Allerdings gab es hier vor allem Probleme bei der Implementierung des Programms, da der hohe Anspruch des Programms in Bezug auf die Partizipation der Gemeinden häufig an dem Mangel an Kapazitäten der lokalen Verwaltung und lokaler Graswurzelorganisationen scheiterte.<sup>48</sup> Die neue makroökonomische Strategie lautet nun Growth, Employment and Redistribution (GEAR) und basiert auf dem Grundsatz, durch ein vom Privatsektor erzielt Wirtschaftswachstum neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Privatisierung, Deregulierung, strikte Haushaltsdisziplin, Verringerung der Inflation und die Priorität für ausländische Investitionen stellen die wesentlichen Richtlinien dar. Dies ist eine sehr erstaunliche Prioritätensetzung, wenn man bedenkt, dass der ANC noch am Anfang der 90er Jahre Verstaatlichung und eine Mischung aus Plan- und Marktwirtschaft favorisierte und sich mit einer kommunistischen Partei (SACP) und einer Gewerkschaft (COSATU) in einer Parteienallianz befindet. Die anfangs markierten Ziele von GEAR waren eine jährliche Steigerung der Wirtschaftsleistung von 6,1% und die Schaffung von ebenfalls jährlich 409.000 Arbeitsplätzen ab dem Jahr 2000.

Die Realität sieht indessen anders aus. Zwar hat die Regierung Erfolge im Bereich der Inflationsbekämpfung (halbiert auf heute ca. 7%), des Zurückdrängens von immensen Haushaltsdefiziten und der hohen Zinslast erreicht, die ihr die Apartheidsregierung hinterlassen hatte. Das Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2,8% in den letzten zehn Jahren liegt jedoch nur wenig über dem jährlichen Bevölkerungswachstum von ca. 1,5%, dessen Effekte durch eine hohe illegale Immigration und eine starke Landflucht noch verstärkt werden.<sup>49</sup> Daher bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor katastrophal.<sup>50</sup> Die Stellenzahl ist in den letzten Jahren sogar deutlich zurückgegangen und das bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von 37% und einer Steigerung des Erwerbstätigenpools von jährlich 2%.<sup>51</sup> Der Privatsektor beschäftigt nur noch 88% der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu 1995, der Staat noch 95%. Selbst der informelle Sektor, der schätzungsweise eine Millionen neue ‚Stellen‘ zwischen 1995 und 1999 geschaffen hatte, scheint seine Aufnahmefähigkeit erreicht zu haben.<sup>52</sup> Allerdings hat die Regierung seit 2001 die Ausgaben für Bildung, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Infrastruktur, AIDS, Innere Sicherheit und

---

<sup>47</sup> Adam Habib und Vishnu Padayachee: Economic Policy and Power Relations in South Africa's Transition to Democracy. In: World Development, Vol. 28, Nr. 2, S. 250ff.

<sup>48</sup> Siegmund Schmidt: The New Divide. In: IPG. Nr. 4. 2003. S. 155.

<sup>49</sup> Anton Christen: Auf der Suche nach Wachstum am Kap. Bekenntnis Mandelas und Mbekis zur Marktwirtschaft. In: NZZ. Nr. 57. 9. März 2004. S. 6.

<sup>50</sup> o. V.: Zufrieden stellendes Wachstum Südafrikas. Unbewältigtes Teuerungsproblem. In: NZZ. Nr. 67. 21. März 2001. S. 10.

<sup>51</sup> Marc Piazolo: Wirtschaftsstandort Südafrika. Warum zögern die ausländischen Investoren mit Direktinvestitionen? In: Afrika Süd. Nr. 3. 2000. S. 19.

Sozialausgaben schrittweise erhöhen können, und das trotz des ausbleibenden wirtschaftlichen Booms und ohne hohe Budgetdefizite. Der weitere Ausbau des sozialen Netzes für die Ärmsten und mehr Geld für den völlig unterbezahlten Gesundheitssektor bleiben allerdings nach wie vor aus.<sup>53</sup>

Habib und Padayachee kommen bezüglich der Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der ersten Jahre auf den Konsolidierungsprozess zu dem Schluss, dass zwar die (weiße) Wirtschaft und die aufstrebende schwarze Bourgeoisie hiervon profitiert haben, es jedoch für die weite Mehrheit der (schwarzen) Bevölkerung ein Desaster bedeute, dass sich noch mehr Bürger in der Armutsfalle befinden als zuvor.<sup>54</sup> Übereinstimmend mit Heinrich erwarten auch Habib und Padayachee keine durch Unzufriedenheit entstehenden Aufstände gegen die demokratische Grundordnung. Sie rechnen jedoch mit einer weit verbreiteten Apathie, die in einem hohen Grad zu Unzufriedenheit und (weiterer) Kriminalisierung der südafrikanischen Gesellschaft und Wirtschaft führen wird. Die Adaption einer solchen neoliberalen Politik entspreche der damaligen, verbreiteten Meinung, Fragen nach der sozioökonomischen Gerechtigkeit und Umverteilung seien für die Konsolidierung eher schädlich, da sie die Unterstützung von reformerischen Kräften im alten Regime, ausländischen Regierungen und anderen transnationalen Akteuren vergraulen würden. Diese Vorstellung habe jedoch nur die Erhaltung einer minimalisierten beziehungsweise ‚formalen Demokratie‘ zum Ziel gehabt, mit der Begründung, dass eine solche Demokratie besser sei als gar keine. Der Stabilitätsgedanke sei über die Notwendigkeiten für eine demokratische Konsolidierung gestellt worden und eine längerfristige Sichtweise dabei verloren gegangen. Eine weit weniger auf Auslandsinvestitionen ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die sich auf die Stärkung der Beziehungen zwischen Staat, privatem Sektor und den Organisationen auf kommunaler Ebene, als auch der Mobilisierung der inländischen finanziellen Ressourcen ausgerichtet hätte, wäre laut den Autoren für die spezifische Situation Südafrikas angemessener und für die demokratische Konsolidierung nützlicher gewesen.

Ohne dass an dieser Stelle eine abschließende Wertung der Wirtschaftspolitik erfolgen kann, ist aus Sicht der Konsolidierungsgefahren die Vernachlässigung der Schaffung von Arbeitsplätzen für die arme Bevölkerung als äußerst beunruhigend zu bewerten. Es sollte die Regierung nachdenklich stimmen, dass bei den zweiten freien Kommunalwahlen im Dezember 2000 weniger als 50% der schwarzen Bevölkerung zu den Wahlurnen geschritten ist, was allgemein auf die Enttäuschung über die wahrgenommene Tatenlosigkeit der Regierung zurückgeführt wird.<sup>55</sup> Heinrich hatte bereits auf die Gefahren rein ‚performanzbasierter Legitimität‘ hingewiesen. Auch wenn eine geringe

---

<sup>52</sup> Siegmarschmidt: *The New Divide* a.a.O. S. 159.

<sup>53</sup> IDASA Budget Information Service: Budget 2004. An immediate response. A very good budget, but a couple of concerns, 19. Februar 2004, S. 2. Online im Internet: <[www.idasa.org.za/bis](http://www.idasa.org.za/bis)> [zugegriffen am 2. April 2004].

<sup>54</sup> Adam Habib und Vishnu Padayachee: a.a.O., S. 259 f.

<sup>55</sup> o.V.: ANC-Sieg bei Kommunalwahlen. In: *Afrika Süd*, Nr. 6, 2000, S. 4.

Wahlbeteiligung die Dominanz des ANC in der Parteienlandschaft nicht brechen kann (landesweites Ergebnis von 59%), so stellt sich schon die Frage, ob eine sinkende Legitimierung durch die Bevölkerung nicht der erste Schritt zur befürchteten Erosion der jungen Demokratie sein könnte.

### ***3.4 Demokratie, Kultur und Tradition - Religiös-kulturelle Faktoren und Soziales Kapital***

Überlegungen über religiös-kulturelle Traditionsbestände von Gesellschaften und ihren Auswirkungen auf die Demokratie haben in den letzten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit genossen. Man denke nur an Samuel Huntingtons 'The Clash of Civilisations'. An dieser Stelle soll es um die Frage gehen, ob es in den Gesellschaftsgruppen Südafrikas kulturell-religiöse Faktoren gibt, die der jungen Demokratie beziehungsweise ihrer Konsolidierung im Wege stehen könnten. Innerhalb Huntingtons Raster der Zivilisationstypen werden die afrikanischen Kulturen als „nicht besonders demokratieförderlich betrachtet, aber auch nicht prinzipiell als demokratiefeindlich“<sup>56</sup> bezeichnet. Wie brauchbar diese Klassifizierung auch immer sein mag, sie gibt jedenfalls einen Anlass, sich über die Implikationen kulturell-religiöser Traditionen auf die demokratische Konsolidierung in Südafrika Gedanken zu machen.

Claude Aké hat in seinem Aufsatz „Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika“<sup>57</sup> das Verhältnis der afrikanischen Gesellschaft zu Staat und Demokratie beschrieben und festgestellt, dass das Staatsverständnis der Afrikaner stark durch die Art der Kolonialverwaltung geprägt wurde. Form und Inhalt der Kolonialstaaten sind erhalten geblieben und wurden durch autokratische Herrschaft ersetzt. Das heißt jedoch nicht, dass politische Autokratie sich gut mit den afrikanischen Traditionen vereinbaren ließe. Diese sind - so Aké - in mancher Hinsicht sogar sehr demokratisch, wenn auch auf eine komplizierte Weise. Der Versuch, Afrika einen modernen Staat aufzudrängen, verursacht jedoch häufig Gegenreaktionen verschiedener kultureller und politischer Akteure, da die westliche Vorstellung eines Staates eine Gesellschaft sozialer Individuen voraussetzt, die als Marktteilnehmer in Handel und Warenproduktion eigene private Interessen vertreten und als Rechtssubjekt und abstrakte Person mit einer Reihe von Rechten und Verpflichtungen gelten. Weiterhin müssen diese Individuen in der westlichen Vorstellung gemeinsam eine relativ homogene Gruppe bilden, um eine ‚Öffentlichkeit‘ darzustellen. In Afrika ist die Entwicklung der Öffentlichkeit und des Staates auf der Ebene des Nationalstaates hingegen noch rudimentär. Ein starkes Identitätsgefühl und eine kulturelle Homogenität existiert nur auf subnationaler Ebene. Dort bilden Verhaltensregeln, Werte, Normen, Bräuche, Ränge und Tabus eine Ordnung, die sich auf den realen Menschen beziehen und nicht auf eine abstrakte Person. Höchstens ‚die Städter‘ und die Eliten sind Mitglieder einer

---

<sup>56</sup> zitiert nach: Wolfgang Merkel: Systemwechsel. a.a.O., S. 97.

<sup>57</sup> Claude Aké: Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika. In: Jochen Hippler (Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt, Hamburg 1994, S. 59 - 82.

allgemeinen Öffentlichkeit. Zur gleichen Zeit gehören diese aber auch der ursprünglichen Öffentlichkeit ihrer Volksstämme an. Aké zieht daraus den Schluss, dass viele dieser Eliten deswegen gegenüber der modernen Öffentlichkeit opportunistisch sind und ihre eigentliche Loyalität dem Stamm gilt. Dies führe zu einem ständigen Kampf zwischen Gruppen ohne gemeinsame Identität um verschiedene Werte, die die rudimentäre moderne Öffentlichkeit und damit eine umfassende Demokratisierung verdrängen und behindern. Die westliche Vorstellung, den Staat als unabhängig von Regierungen und Regierenden zu verstehen, hat sich in Europa erst nach Jahrhunderten durchgesetzt. In Afrika wird der Staat von den Herrschern jedoch häufig als Machtinstrument verstanden und durch die Politik privatisiert.<sup>58</sup> Der Ausbildung eines eigenen alternativen Demokratiemodells für Afrika blieb die notwendige evolutionäre Entwicklung versagt. So bleibt zu hoffen, dass „it will emerge from practical experience and improvisation in the course of a hard struggle“<sup>59</sup>.

Was bedeutet das nun für den südafrikanischen Konsolidierungsprozess? Auch wenn die Apartheid häufig als interne Kolonialisierung bezeichnet wurde, war die südafrikanische Wende keine typische Transition vom Kolonial- zum unabhängigen Staat. Von einer Beibehaltung von Inhalt und Form eines Kolonialstaates kann ebenfalls nicht die Rede sein. Die von Aké geforderte substantielle Transformation bei der Einführung einer Demokratie für den postkolonialen Staat<sup>60</sup> hat stattgefunden. Ein weiterer positiver Faktor ist das so genannte soziale Kapital Südafrikas.. Darunter werden die im langfristigen zivilgesellschaftlichen Engagement gelernten und habitualisierten demokratiestützenden Werte und Verhaltensweisen der Gesellschaft verstanden. Stephan Kaußen weist allerdings zurecht darauf hin, dass es hier zum Beispiel im Bereich des Sports, der lokalen Initiativen und auch in den Schulen noch viel zu verbessern gäbe.<sup>61</sup> Die Rolle der Zivilgesellschaft wird später in Kapitel 4.3.3 behandelt.

Interessant scheint aber die Verbindung der Beobachtungen Akés mit den Analyseergebnissen zu den politischen Einstellungen der Bevölkerung zu sein. Dort wurde bereits festgestellt, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung zu ihrem Staat bekennt. Die starke Verbundenheit mit der eigenen Bevölkerungsgruppe könnte jedoch vor dem Hintergrund der kulturellen Traditionen bei Teilen der Bevölkerung eine gesplante Loyalität zwischen moderner und indigener Öffentlichkeit verursachen und das Verhältnis zur Unabhängigkeit des Staates in Frage stellen. So beklagt der Leiter der Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung die Tendenz in allen südafrikanischen Parteien zur

---

<sup>58</sup> Dass Untugenden wie Korruption oder die Privatisierung des Staates selbstverständlich keine exklusiven Phänomene des afrikanischen Kulturkreises sind, soll an dieser Stelle ausdrücklich betont werden. Man denke in diesem Zusammenhang zum Beispiel an diverse Parteispendenaffären in der BRD.

<sup>59</sup> Claude Aké: Wo ist die Substanz? Über die Dürftigkeit von Modellen der Demokratisierung für den Süden. In: der überblick., Nr. 28, 1992, S. 14 - 15 (zitiert nach: Gero Erdmann: Demokratie, Kultur und Tradition. Zum Problem vorkolonialer Herrschaft in der afrikanischen Demokratiedebatte, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1998, S. 31.).

<sup>60</sup> Claude Aké: Die Demokratisierung. a.a.O., S. 69.

Patronagepolitik, die durch Geschenke die Loyalität ihrer Mitgliedschaft erkaufte.<sup>62</sup> In den letzten Monaten wurde in diesem Zusammenhang von vielen Medien und zivilgesellschaftlichen Gruppen das Fehlen eines Parteispendinggesetzes kritisiert.<sup>63</sup> Die Indikatoren aus Heinrichs Konzept, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, wie die Regelverletzungen durch staatliche Institutionen (13) oder der Korruptionsindex (14), zeigen jedoch keine gewaltigen Gefahren für die Konsolidierung an.

Die Auswirkungen kultureller Traditionen für die demokratische Konsolidierung Südafrikas sind sicherlich kaum genau zu bewerten oder gar zu operationalisieren. Die Einbeziehung solcher Ansätze für die Transformationsforschung scheint sich aber zu lohnen, da sie mögliche Einschränkungen für demokratische Entwicklungen aufdecken können. Andererseits bergen sie auch die Gefahr, als monokausale Erklärungsmuster gebraucht oder gar missbraucht zu werden. Daher soll hier auch auf positive Impulse für die demokratische Konsolidierung hingewiesen werden, wie dies beispielsweise bei der breiten Debatte der südafrikanischen Öffentlichkeit über die Bedeutung und Förderung traditioneller afrikanischer Werte der Fall ist. Diese werden häufig als ‚uBunthu‘ zusammengefasst und könnten als Grundlage für einen gemeinsamen Wertekatalog aller Südafrikaner dienen. uBunthu gilt als „Begriff für die Essenz afrikanischer Spiritualität und afrikanisch verstandener Menschenwürde“, nach der das Gegenüber der „Spiegel der eigenen Menschlichkeit oder potenziellen Unmenschlichkeit und daher Korrektiv eigener Haltungen und Handlungen“<sup>64</sup> ist. So hat uBunthu nach Überzeugung vieler Beobachter zu der relativ friedlichen Transition Südafrikas und dem Selbstverständnis der Wahrheits- und Versöhnungskommission beigetragen. Auch in Zukunft soll es dabei helfen, eine Balance in der Gesellschaft zu erhalten und ist daher sowohl in einer Klausel der Verfassung, in der Debatte über die Bekämpfung der Kriminalität, als Basis der Zusammenarbeit des ‚National Religious Leaders Forum‘ und in Zukunft auch in den Lehrplänen der Schulen in der Öffentlichkeit präsent.<sup>65</sup>

Das 3. Kapitel hat neben manchem Positiven ein Übergewicht an strukturellen Faktoren aufgezeigt, die in der Forschung eine Konsolidierung als „außerordentlich problematisch“<sup>66</sup> erscheinen lassen. Die aktuellen Entwicklungen verstärken eher eine pessimistische Einschätzung, wie beispielsweise einige bedenkliche Tendenzen in der Regierungspolitik. Hier ist vor allem der

---

<sup>61</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie. a.a.O., S. 358f.

<sup>62</sup> Rainer Erfkens: Liberalismus und Patronagepolitik. Interview mit Rainer Erfkens von der Friedrich-Naumann-Stiftung. In: Afrika Süd, Nr. 3, 2003, S. 24.

<sup>63</sup> Judith February: Political Information & Monitoring Service (PIMS) continues to promote open and accountable executives. In: IDASA Report 2002, S. 6.

<sup>64</sup> Erika von Wietersheim: «Ich bin, weil ihr seid». Afrikanische Tradition wird moderne Sozialethik. In: NZZ, Nr. 141, 20. Juni 2000, S. 34.

<sup>65</sup> Ebenda

<sup>66</sup> Wolfgang Merkel: Von der Diktatur zur Demokratie. a.a.O., S. 245.

autoritäre und intransparente Führungsstil Thabo Mbekis zu nennen<sup>67</sup>, dessen Popularität gegenüber seinem Vorgänger Mandela, aber auch gegenüber den Werten seiner Partei niedrig ist, wohingegen seine Fähigkeit zur Staatsführung unbestritten ist. Ein weiterer Flecken auf den Leistungen der Regierung ist die Aufdeckung der Verwicklung führender ANC- und Regierungsmitglieder in einen Korruptionsfall, der im Zusammenhang mit umstrittenen Rüstungsinvestitionen steht<sup>68</sup>. Auch die zurückhaltende Haltung der Regierung gegenüber dem autoritären Regime im Nachbarland Simbabwe<sup>69</sup> und vor allem die katastrophale Verharmlosung und Untätigkeit gegenüber der AIDS-Epidemie<sup>70</sup> haben der wahrgenommenen Problemlösungsfähigkeit und dem Ansehen der Regierung im In- und Ausland schweren Schaden zugefügt.

Nun stellt sich die Frage, welche spezifische Rolle das südafrikanische Parlament und eine Anzahl von wichtigen Akteuren innerhalb und außerhalb des Parlaments im Konsolidierungsprozess spielen, beziehungsweise unter diesen widrigen Umständen spielen können. Wenn nämlich die Ablösung der dominierenden Partei für die Zukunft nicht abzusehen ist,

„it will hopefully be tempered and restrained by constitutional checks and balances, a lively opposition, even if small, a free press and a vigorous civil society. South Africa scores well on each of these indicators.“<sup>71</sup>

Diesen Satz gilt es nun an ausgesuchten Beispielen auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

## 4 Die südafrikanische Legislative in der Konsolidierungsphase und die Rolle der Opposition

### 4.1 Die südafrikanische Legislative im föderalen System Südafrikas

Südafrika ist eine parlamentarische Demokratie, denn „the executive emerges from the legislature“<sup>72</sup>. Zwar besitzt der Präsident der Republik ähnliche Befugnisse, wie in präsidentialen Systemen, er wird jedoch nicht direkt vom Volk bestimmt, sondern durch das Parlament gewählt und gegebenenfalls auch wieder abgesetzt. Das nationale Parlament der Republik Südafrika besteht aus zwei Kammern, der National Assembly (NA) und dem National Council of Provinces (NCOP).<sup>73</sup> Die NA ist die wichtigere und einflussreichere Kammer. Es gibt auch gemeinsame Sitzungen (Joint Sittings), zum Beispiel bei der Rede des Präsidenten zur Eröffnung der

<sup>67</sup> J. E. Spence: The 1999 South African Election, a.a.O., S. 465. Diesen Eindruck bestätigen Michael A. Lange und teilweise auch Stephan Kaußen.

<sup>68</sup> Ringo Raupach: Die Affäre Zuma-Ngcuka. In: Afrika Süd, Nr. 1, 2004, S. 23.

<sup>69</sup> Anton Christen: Hegemon mit Samthandschuhen. Aussenpolitik im Zeichen von Charisma und Afrikanismus. In: NZZ, Nr. 55, 6. und 7. März 2004, S. 5.

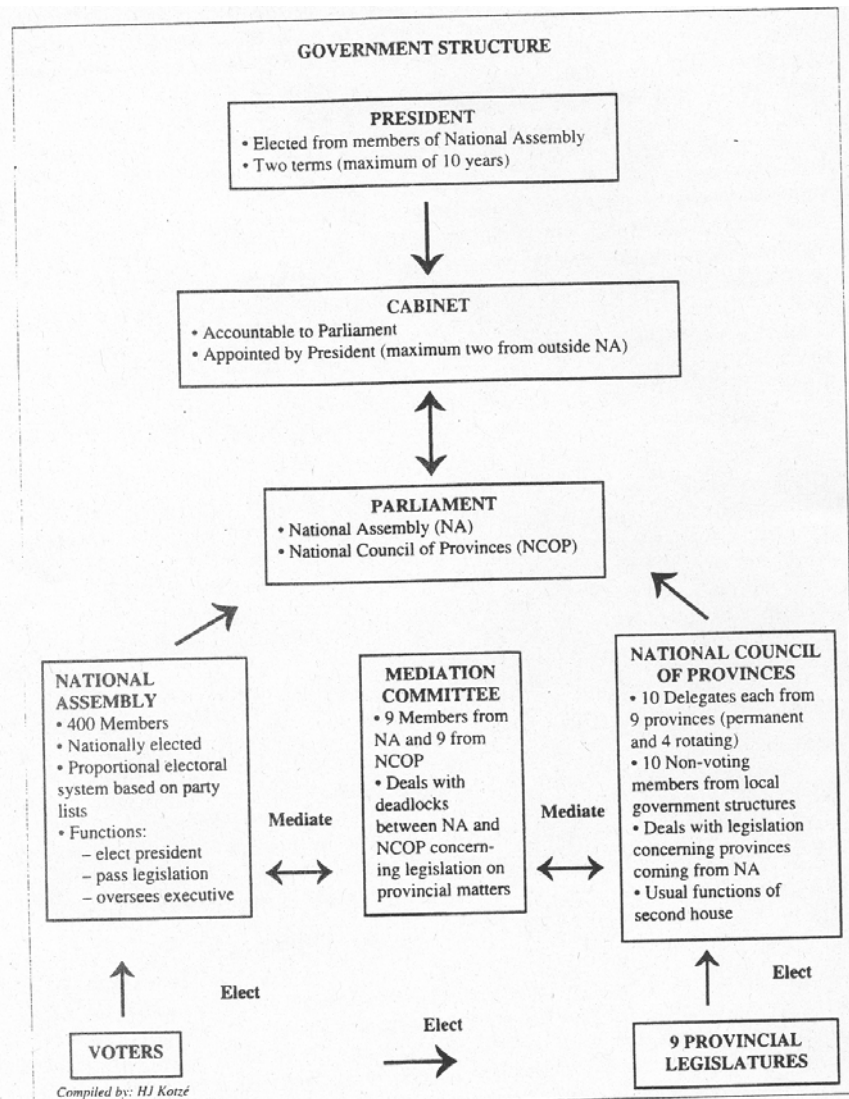
<sup>70</sup> o.V.: Call for ‘dishonest’ Mbeki to apologise. In: M&G, 28. September 2003. Online im Internet: [www.mg.co.za/Content/13.asp?ao021153&t=1](http://www.mg.co.za/Content/13.asp?ao021153&t=1) [zugegriffen am 28. September 2003].

<sup>71</sup> David Welsh: The State of the Polity. In: J. E. Spence (Hrsg.) After Mandela: The 1999 South African Election, Royal Institute of International Affairs, 1999, S. 13 (zitiert nach: J. E. Spence: Second Chance for the ANC. The 1999 South African General Election. Government and Opposition, Vol. 34, Nr. 4, 1999, S. 471.).

<sup>72</sup> Lia Nijzink: Opposition in the New South African Parliament. In: KAS Seminar Report. Opposition in South Africa’s New Democracy, Nr. 2., 2001, S. 104.

Parlamentssession. Der Sitz des Parlamentes ist traditionell Kapstadt in der Provinz Western Cape; es gibt also eine räumliche Trennung von fast 2000 km zwischen dem Parlamentssitz und den Regierungsgebäuden. Dies führte in den letzten Jahren häufig zu Kritik an den damit verbundenen Kosten und der mangelnden Kontrolle der Regierung, wenn die verantwortlichen Minister aus guten oder aus weniger guten Gründen einer Befragung durch das Parlament nicht beiwohnen können.<sup>74</sup>

Abb. 3: South Africa's government structure<sup>75</sup>



In den ersten Jahren des Übergangs gab es eine Reihe von Schwierigkeiten besonders administrativer Art bezüglich der Rolle und Funktionsweise des Parlaments innerhalb des politischen Regimes. 80% der Mitglieder hatten zum Beispiel – verständlicher Weise - keinerlei

<sup>73</sup> Parliamentary Monitoring Group: The structure of government. Online im Internet: [www.pmg.org.za/parinfo/sectiona2.htm](http://www.pmg.org.za/parinfo/sectiona2.htm) [zugegriffen am 27. November 2000]. Danach auch das Folgende.

<sup>74</sup> Hennie Kotzé: Take Us to Our Leaders: The South African National Assembly and its Members. (KAS-Occasional Papers), Johannesburg July 1997, S. 18.

<sup>75</sup> Ders., S. 5.



parlamentarische Erfahrung aufzuweisen und viele Abgeordnete wurden in den ersten Jahren für andere dringende Aufgaben abgezogen, da in Wirtschaft, Diplomatie und Verwaltung viele Aufgaben zu erledigen waren. Die interne Transformation des Parlaments, vor allem das extrem gewachsene Ausschusswesen und die Regeln zur öffentlichen Partizipation innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens, galt es darüber hinaus erst einmal zu ordnen.<sup>76</sup>

Heute hat die NA die Funktion, den Präsidenten zu wählen, ein Ort öffentlicher Diskussion zu sein, Gesetze zu verabschieden und die Exekutive zu überwachen. Sie hat mindestens 350, maximal 400 Mitglieder. Diese werden nach einem proportionalen Wahlmodus gewählt, davon 200 Parlamentarier über Parteilisten auf nationaler, der Rest durch Listen auf regionaler Ebene. „Wie viele Abgeordnete von welcher Partei über welche Liste einziehen, wird durch eine recht komplizierte Berechnung bestimmt. Schließlich kommt es aber in jedem Fall zu einer genauen proportionalen Repräsentation.“<sup>77</sup> Das strikte Prinzip eines reinen Verhältniswahlrechts gilt auch für die Provinz- und Kommunalparlamente, wenn es auch auf der kommunalen Ebene möglich ist ein System einzuführen, in dem in Wahlkreisen Direktkandidaten bestimmt werden.<sup>78</sup>

Der NCOP ist die Provinzkammer des Parlaments. Hier können die neun Provinzen Südafrikas in beschränktem Umfang Einfluss auf die nationale Gesetzgebung nehmen. Seine Funktionen sind im Wesentlichen ein Mitspracherecht im Gesetzgebungsverfahren und die öffentliche Diskussion über die die Provinzen betreffenden Themengebiete. Die Zusammensetzung der jeweils zehnköpfigen Delegationen muss der proportionalen Stärke der verschiedenen Parteien in den Provinzparlamenten entsprechen. Die Delegierten repräsentieren somit einerseits ihre Provinz, aber auch eine politische Partei. Allerdings wurde in den letzten Jahren überwiegend entlang der Partei- anstatt der Provinzzugehörigkeit abgestimmt. Hinzu kommen 10 nicht stimmberechtigte Vertreter der South African Local Government Association (SALGA), eine Organisation, die mit dem Deutschen Städtetag vergleichbar ist.

Beide Parlamentskammern haben eigene den Ministerien der Regierung entsprechende Ausschüsse. Diese Ausschüsse der NA heißen Portfolio Committees, haben in etwa siebzehn Abgeordnete als Mitglieder, setzen sich dem Mehrheitsverhältnis des Plenums entsprechend zusammen und wählen jeweils einen Vorsitzenden. Die Portfolio Committees gelten als „the engine room“<sup>79</sup> des Parlaments, da sie einen sehr hohen Einfluss auf ihr jeweiliges Politikfeld besitzen. Stephan Kaußen hat diese Ausschüsse als einen Ort dargestellt, in dem es in kleiner Runde möglich ist – fern von der Statik und Verkrustung des Parteiensystems - ethnisch-kulturelle sowie politisch-

<sup>76</sup> Ders., S. 9.

<sup>77</sup> Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing – Parteiübertritte in Südafrika und ihre Auswirkungen auf die junge Demokratie. In: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 11, 2002, S. 44.

<sup>78</sup> ebenda

<sup>79</sup> Hennie Kotzé: Take Us to Our Leaders, a.a.O., S. 18.

ideologische Gräben zu überspringen und nennt dazu sehr anschauliche Beispiele, übrigens auch negativer Art. Da sie öffentlich tagen und aktiv auf die aktive Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Gruppen setzen (müssen), wie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Forschungsinstitute und NGOs, gibt es hier viel Potential für eine gelingende Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen in einer solchen „Konsensinstitution“<sup>80</sup>. Allerdings hängt dabei vieles von der faktischen Kooperationsbereitschaft der eigentlich Mächtigen ab. Des Weiteren gibt es auch gemeinsame Ausschüsse der beiden Kammern, zum Beispiel zu ethischen, verfassungstechnischen und sozialen Fragen oder aber bezüglich der Geheimdienste und Landesverteidigung, die so genannten ‚Joint Standing Committees‘.

Verfassungsänderungen muss die NA mit einer 2/3- bei Grundrechtsveränderungen selbst mit einer 3/4-Mehrheit zustimmen. Es bedarf weiterhin der mehrheitlichen Zustimmung von 6 der 9 Provinzen im NCOP, falls die Verfassungsänderung die Zuständigkeiten der Provinzen direkt betrifft. Gemeinsame Gesetzgebungskompetenz gibt es unter anderem in Fragen der Landwirtschaft, Gesundheit, Wohnungsbau, Umwelt und Erziehung, wobei vom letzterem die tertiäre Bildung in rein nationaler Verantwortung liegt.<sup>81</sup> Bei nicht zustimmungspflichtigen Gesetzen kann der NCOP nur Änderungsvorschläge machen. Zustimmungspflichtigen Gesetzen muss jedoch auch der NCOP zunächst zustimmen. Bei Uneinigkeit kann ein Vermittlungsausschuss (Mediation Committee) eingerichtet werden. Im Falle weiterer Uneinigkeit kann die NA den NCOP anschließend mit einer 2/3-Mehrheit überstimmen, wenn das Gesetz ursprünglich zuerst in die NA eingebracht worden ist. Bei der Ausgestaltung der südafrikanischen Verfassung hatte die juristische Beratung Deutschlands einigen Einfluss, die sich in der starken Stellung des Verfassungsgerichts in Bloemfontein, aber auch im föderalistischen Aufbau widerspiegelt.<sup>82</sup> Trotz der offensichtlichen Parallelen zum Bundesrat der BRD hat der NCOP im Vergleich jedoch deutlich weniger Einfluss, da die Zuständigkeiten der Provinzen deutlich enger gefasst sind.

Als eine verfassungsrechtliche Besonderheit der neuen südafrikanischen Verfassung gilt das Prinzip des ‚cooperative government‘. Es beinhaltet die verfassungsmäßige Verpflichtung der nationalen, provinziellen und kommunalen Ebene (three spheres of government) zum ‚kooperativen Regieren‘, in denen neben Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen, eine Kooperationsbereitschaft, die gegenseitige Informationspflicht und das Verbot einer Kompetenzüberschreitung festgeschrieben sind. So werden gegenseitiges Vertrauen vorausgesetzt und juristische Auseinandersetzungen der verschieden staatlichen Ebenen nahezu ausgeschlossen, um die wirtschaftliche Transformation des Staates in den Vordergrund des Verhältnisses der

<sup>80</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie, a.a.O., S.298f.

<sup>81</sup> Parliament of South Africa: How a law is made. Online im Internet: [www.parliament.gov.za/particip/law.htm](http://www.parliament.gov.za/particip/law.htm) [zugegriffen am 15. Januar 2001].

<sup>82</sup> Hagemann, Albrecht: Kleine Geschichte Südafrikas, München 2001, S. 112.

verschiedenen Regierungsebenen zu stellen. Die Verfassung gibt hierzu nur einen gewissen Rahmen vor. Die genauere Ausgestaltung überlässt sie dem Gesetzgeber und Politikern.<sup>83</sup> Die Bedeutung der föderalen Strukturen als vertikale Kontrollinstanz wird durch das Prinzip des kooperativen Regierens stark eingeschränkt. Eine ausschließlich provinzielle Entscheidungskompetenz gibt es in Fragen von Provinzstraßen und Verkehr, Regionalplanung, Erholung, Kultur, Sport und dergleichen und das nur, wenn dies der nationalen Einheit, Sicherheit und gewissen nationalen Standards nicht widerspricht.<sup>84</sup> Die Provinzen sind daher mehr oder weniger ausführende Organe für die zentrale Politik, aber immerhin zuständig für die Verwaltung von circa zwei Dritteln des südafrikanischen Gesamtshaushalts.<sup>85</sup> Da zudem der ANC die südafrikanische Parteienlandschaft dominiert, ist die geringe, in der Verfassung vorgesehene vertikale Kontrolle der nationalen Regierung in der Praxis zusätzlich geschwächt. So bestimmt faktisch der Parteivorsitzende Mbeki, welche Politiker in den Provinzen Premierminister werden können.<sup>86</sup> Da die Wahlen zu den Provinzparlamenten gleichzeitig mit den nationalen Wahlen stattfinden, entscheidet der Präsident nach der Wahl alle Personalentscheidungen, solange jedenfalls der ANC dort eine absolute Mehrheit hat erreichen können. Und das wird wohl in mindestens 7 von 9 Provinzen bei den anstehenden Wahlen der Fall sein. So ist es der Parteispitze möglich unangenehme Personalfragen am Wahlabend durch Postenvergabe zu lösen und die Wahlkampagne zentral, ohne provinzielle Sonderbedürfnisse der Parteiuntergliederungen, zu leiten.

Die vom Grundsatz her recht selbständigen Provinzstrukturen erhalten viel Kritik wegen der verhältnismäßig hohen Kosten für ein armes Land wie Südafrika.<sup>87</sup> Vor allem in den ersten Jahren nach der Einführung dieser mittleren Ebene gab es viele administrative Probleme und auch Korruptionsvorfälle, die diese Kritik verstärkten. Allerdings hat sich inzwischen eine Art von Provinzidentität herausgebildet, die eine gesunde Konkurrenz begründet und dem Nachwuchs in Politik und Verwaltung Einstiegs- und Einübungsmöglichkeiten bietet.<sup>88</sup>

Im Sinne einer vergleichenden Parlamentarismusforschung muss festgehalten werden, dass es eine strukturelle Schwäche des Parlaments im politischen System Südafrikas gibt. Das liegt einerseits an der engen Verbindung zwischen der Legislative und Exekutiven<sup>89</sup>. So müssen außer zweien, alle Minister der Regierung gleichzeitig Mitglieder der NA sein. In gewisser Weise sind hier viele Elemente des neueren britischen Parlamentarismus erhalten geblieben nach dem „nicht mehr das

<sup>83</sup> Norman Levy und Chris Tapscott: *Intergovernmental Relations in South Africa: The Challenges of Cooperative Government*, o.O. 2001.

<sup>84</sup> Parliament of South Africa: *How a law is made*, a.a.O.

<sup>85</sup> Christel und Hendrik Bussiek: *Mandelas Erben*. Notizen aus dem neuen Südafrika, Bonn 1999, S. 76.

<sup>86</sup> o.V.: *Picking a premier*. In: M&G, 12. März 2004. Online im Internet: <<http://archive.mg.co.za/nxt/gateway.dll/PrintEdition/MGP2004/3lv00028/4lv00113/5lv00143.htm>> [zugegriffen am 30. März 2004].

<sup>87</sup> Hagemann, Albrecht: *Kleine Geschichte Südafrikas*, München 2001, S. 112.

<sup>88</sup> Christel und Hendrik Bussiek: *Mandelas Erben*, a.a.O., S. 76f.

Parlament, sondern der »plebiszitäre« Parteichef und Premier die entscheidende Institution<sup>90</sup> ist. Ferner entschied man sich auch nicht für ein überparteiliches Staatsoberhaupt – wie im deutschen und italienischen Fall. So wird durch die Dominanz des ANC die südafrikanische Republik zu einem de-facto super-präsidentialen System.<sup>91</sup>

Eine weitere Schwachstelle des Parlaments ist die Abhängigkeit der Abgeordneten, da von den Parteien ausgeschlossene Parlamentarier ihr Mandat sofort verlieren. Die Diskussionen über die neu eingeführten Zeitfenster, in denen die Volksvertreter ihre Partei wechseln dürfen („floor-crossing“), folgt in Kapitel 5. Bedenklich scheint ferner der starke und weitreichende Korporatismus des Landes zu sein, der in Abkommen und Arrangements der mächtigen Interessengruppen und der Bürokratie – in alter südafrikanischer Tradition – vereinbart worden ist und auf den das Parlament kaum Einfluss nehmen kann. Zwar kann ein funktionierender Korporatismus Verteilungskämpfe vermeiden, die einer demokratischen Konsolidierung schaden dürften. Auch Stephan Kaußen unterstreicht eher die Chancen des Korporatismus, im Sinne einer kleinen Verhandlungsrunde mit weniger Gruppenzwängen, in der es leichter ist zu konstruktiven Lösungen zu kommen.<sup>92</sup> Allerdings besteht die Gefahr, dass in einer für das Land zentralen Frage wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Interessen der marginalisierten Gruppen außen vor gelassen werden und dass die eigentliche Volksvertretung kaum Möglichkeiten hat, solchen Entwicklungen entgegen zu wirken.<sup>93</sup> Alle diese Schwächen der Legislative innerhalb des südafrikanischen Regimes, die auch schon in der Übergangsverfassung enthalten waren, sind eine Folge des informellen Paktes zwischen dem ANC und der damals regierenden National Party. Dabei hatten Überlegungen einer nachhaltigen Machtteilung und die langfristige Verhinderung von Machtmissbrauch kaum eine Rolle gespielt.<sup>94</sup> Diese schon 1994 gemachte und damit sehr frühe Beobachtung Steven Friedmanns scheint sich nun – 10 Jahre nach dem Ende der Apartheid - bewahrheiten zu können. Zu diesen verfassungsimmanenten Einschränkungen für den Handlungsspielraum der Parlamente kommen weitere Herausforderungen durch die historischen Belastungen und den politischen Einstellungen der Bevölkerung hinzu.

<sup>89</sup> Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing, a.a.O., S. 46.

<sup>90</sup> Klaus von Beyme: Der Begriff der parlamentarischen Regierung. In: Kurt Kluxen (Hrsg.): Parlamentarismus, Köln / Berlin 1971, S. 195.

<sup>91</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie, a.a.O., S. 352.

<sup>92</sup> Ders., S. 312ff.

<sup>93</sup> Steven Friedmann: Holding a Divided Centre: Prospects for Legitimacy and Governance in Post-Settlement South Africa, Paper Prepared for the IPSA Congress, 21. bis 25. August 1994, S. 18 (zitiert nach: Siegmund Schmidt: Südafrika: Demokratisierung als Prozeß der Verfassungsgebung? In: Wolfgang Merkel, Eberhardt Sandschneider, Dieter Segert (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S. 368f.).

<sup>94</sup> Ebenda

## ***4.2 Besondere Herausforderungen für die südafrikanische Legislative im Konsolidierungsprozess***

Die Verfassung sieht die Aufgabe der neuen Republik Südafrika vor allem darin „to heal the divisions of the past and establish a society based on democratic values, social justice and fundamental human rights“<sup>95</sup>. Murray und Nijzink stellen in ihrer Studie zur Bedeutung der Parlamente im südafrikanischen Verfassungssystem fest, dass dabei der Regierung die Implementation der Politik obliegt, die zur Überwindung der trennenden und von Gewalt geprägten Vergangenheit nötig ist. Dabei soll sich die Legislative aber nicht als ein Nebenschauplatz verstehen, sondern sich aktiv einbringen und ihre vorrangige Funktion darin sehen, dass in der Transformation die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger gewahrt bleiben.<sup>96</sup> Diese ‚oversight‘-Funktion soll dazu führen, dass durch den gezielten Hinweis auf Lösungswege die notwendige Transformation beschleunigt wird. Hier gibt es breite Übereinstimmung mit den Ergebnissen anderer Forschungsergebnissen, zum Beispiel denen des Instituts für ein demokratisches Südafrika (IDASA). Dieses stellt fest, dass die Parlamente in den ersten Jahren nach der Apartheid sehr viel Zeit für die Gesetzgebung zur Transformation des Landes verwendet hat, dass es aber Defizite bei der Kontrolle und dem Monitoring bei der Umsetzung des Entschiedenen gibt.<sup>97</sup> Daher hat auch Lia Nijzink in diesem Zusammenhang unmittelbar nach den Wahlen von 1999 eine ‚Normalisierung‘ des Parlaments gefordert: „...the main challenge is therefore to shift parliament’s focus from law-making to accountability.“<sup>98</sup>

Große Defizite sehen Murray und Nijzink vor allem in den Provinzparlamenten, die durch ihren Bezug zu den individuellen regionalen Bedürfnissen eine wichtige Rolle bei der Suche nach angemessenen Mitteln zur Transformation spielen könnten. Dazu fehlt aber eine ausreichende Nähe der Parlamente zur Bevölkerung. Diese dürfe man nicht nur durch Öffentlichkeitsarbeit erreichen wollen, wie dies bisher der Fall sei. Ziel müsse vielmehr auch hier die aktive Einbindung der Öffentlichkeit in die Gesetzgebung sein. Dazu brauche man die Ressourcen zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber auch individueller Bürger und eine verstärkte Transparenz der parlamentarischen Prozesse in den Medien. Nur so könne man eine stärkere Loyalität und größeres Vertrauen in der Bevölkerung für die sie vertretenden Institutionen gewinnen. Größere Probleme gibt es des Weiteren im Zusammenspiel der verschiedenen staatlichen Ebenen. Zwar hätten die Provinzen seit 1997 Fortschritte gemacht, ihre Rolle auch in Bezug auf die nationale Gesetzgebung zu finden. Dennoch setze sich der NCOP zu häufig mit Fragestellungen auseinander, die die Ebene der

---

<sup>95</sup> Constitution of the Republic of South Africa. ICL Document Status, 7. Februar 1997. Online im Internet: <[www.uni-wuerzburg.de/law/sf00000\\_.html](http://www.uni-wuerzburg.de/law/sf00000_.html)> [zugegriffen am 9. Januar 2001].

<sup>96</sup> Christina Murray und Lia Nijzink: Building Representative Democracy, a.a.O., S. 131.

<sup>97</sup> Judith February: Political Information & Monitoring Service (PIMS), a.a.O., S. 5.

<sup>98</sup> Lia Nijzink: Opposition in the New South African Parliament. In: KAS-Seminar Report, Opposition in South Africa’s New Democracy, Nr. 2, Johannesburg 2001.

Provinzen nur unwesentlich berührten, anstatt sich auf die besonderen Interessen der mittleren Ebene zu konzentrieren. Das Prinzip des ‚kooperativen Regierens‘ habe sich noch nicht richtig etabliert.<sup>99</sup>

Erfreulich scheint hingegen die Repräsentativität der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen in der Gesetzgebung zu sein (‚inclusiveness‘), jedenfalls wenn man die Zusammensetzung des Parlaments betrachtet. Dies könne man vor allem über den Status der Frauen, aber wohl auch über benachteiligte Gruppen und ethnische und religiöse Minderheiten sagen. Allerdings müsse verstärkt darauf geachtet werden, dass „diverse voices within parties are heard“<sup>100</sup>. Hier sehen die beiden Forscherinnen auch die größte Schwierigkeit der südafrikanischen Legislative, nämlich die Schaffung einer

“political culture which encourages open debate and does not always deal with dissent and disagreement through party discipline and bland party competition. The challenge is for the political leadership in all parties to foster vigorous democratic debate and to limit posturing.”<sup>101</sup>

Zu strenge Parteidisziplin und der Mangel an einer deliberativen Form der Entscheidungsfindung seien allerdings immer zu einem gewissen Grad ein Problem repräsentativer Demokratie in einem parlamentarischen System.<sup>102</sup>

Es gibt weitere spezifische Probleme Südafrikas, die diesem Problem weiter Vorschub leisten könnten. Dazu sind auch kulturelle Faktoren und politische Einstellungen zu zählen, wie sie im Kapitel 3 schon zur Sprache gekommen sind. So dürfte es von Interesse sein, dass weder die Existenz verschiedener voneinander abgetrennter Parteien noch eine institutionalisierte Opposition in der traditionellen afrikanischen Politik vorgesehen sind. For „Africans are past masters in consultation, consensus, and consent“<sup>103</sup>. Eine seit mehreren Jahren durchgeführte Umfrage des Afrobarometers zur politischen Einstellung der Bevölkerung in fünfzehn verschiedenen afrikanischen Ländern, in denen durch die Welle der Demokratie am Beginn der 90er Jahre Mehrparteiensysteme eingeführt wurden, enthält unter anderem über diesen Zusammenhang einige interessante Informationen.<sup>104</sup> Für Südafrika kam unter anderem heraus, dass 20% der wahlberechtigten Bevölkerung der Aussage zustimmt, dass nur eine Partei zur Wahl antreten und die Regierung stellen sollte, 67% lehnen dies ab, 9% sind unentschieden. Damit erreicht das Land im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern ziemlich genau die ermittelten Durchschnittswerte. Ähnlich sieht es bei der umgekehrten Frage aus, ob ein Vielparteiensystem nötig sei. Diese erhält

<sup>99</sup> Christina Murray und Lia Nijzink: Building Representative Democracy, a.a.O., S. 131f.

<sup>100</sup> dies. S. 132.

<sup>101</sup> dies. S. 133.

<sup>102</sup> Ebenda

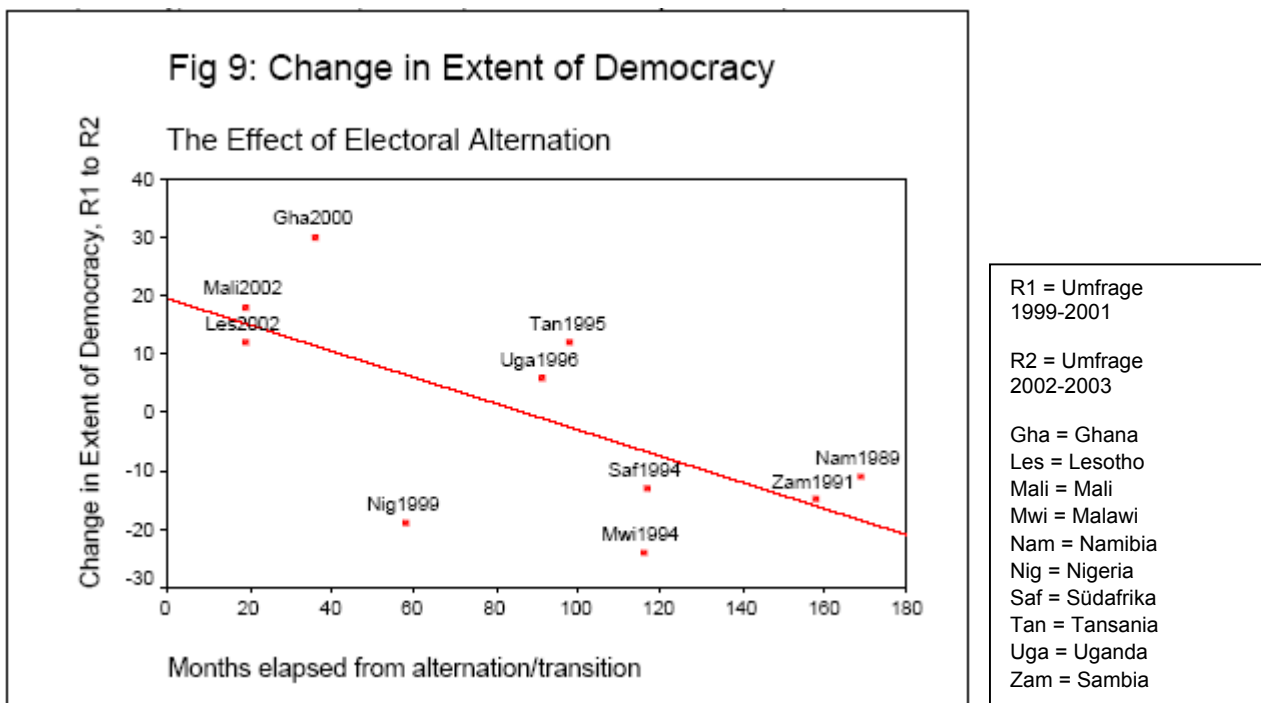
<sup>103</sup> Adebayo Adebiji: An Alternative for Africa. In: The Journal of Democracy, Vol. 5, Nr. 4, 1994, S. 126 (zitiert nach: J. E. Spence: Opposition in South Africa. In: Government and Opposition, Vol. 32, Nr. 4, S. 523.).

<sup>104</sup> Afrobarometer Network: Afrobarometer Round 2: Compendium of Comparative Results from a 15-Country Survey, Working Paper, Nr. 34, März 2004. Online im Internet: <www.idasa.org.za> [zugegriffen am 2. April 2004].

erneut 67% Zustimmung. Auf die Aussage, dass die Demokratie allen anderen Regierungsformen vorzuziehen sei, reagieren 57% positiv, 16% könnten sich vorstellen, dass unter gewissen Umständen eine nicht-demokratische Regierung die bessere Lösung darstelle. 18% der Befragten macht es nichts aus, was für eine Regierung das Land lenkt. Bei dieser Frage liegt Südafrika weit unter dem Durchschnitt von 64% grundsätzlicher Zustimmung zur Demokratie als der unbedingt besten Staatsform. Diese aktuellen Zahlen zeigen erneut, die großen Probleme, die kleinere Parteien haben und in Zukunft haben werden, wenn sie sich in Südafrika als Alternative zum ANC etablieren wollen. Hinzu kommt, dass die Basis in der Bevölkerung für eine liberale, demokratische Gesinnung nicht sehr breit ist. So weist auch Stephan Kaußen darauf hin, dass die liberale, demokratische Verfassung kaum zu den strukturellen Gegebenheiten der südafrikanischen Gesellschaft passt.<sup>105</sup>

Dies wird noch deutlicher, wenn man die oben genannten Zahlen aus einer dynamischen Sicht betrachtet, da die Unterstützung für die Demokratie und für ein Vielparteiensystem in den letzten Jahren rückläufig ist. Es scheint ferner in allen untersuchten, afrikanischen Ländern einen engen Zusammenhang zu geben, zwischen der Länge der Zeitspanne, seitdem der letzte Machtwechsel an der Regierung stattgefunden hat und dem von der Bevölkerung empfundenen Zustand der Demokratie.<sup>106</sup>

*Abb. 4: Korrelation zwischen dem Empfinden der Bevölkerung zum Ausmaß der Demokratie und dem zeitlichen Abstand zum letzten „Machtwechsel“<sup>107</sup>*



<sup>105</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie, a.a.O., S. 356.

<sup>106</sup> IDASA: Democracy and Electoral Alternation: Evolving African Attitudes, Afrobarometer Briefing Paper, Nr. 9, April 2004, S. 7f. Online im Internet: <www.idasa.org.za> [zugegriffen am 2. April 2004].

<sup>107</sup> Ebenda

Die Abbildung belegt, dass das Ausbleiben eines Machtwechsels mit der Zeit zu dem Eindruck in der Bevölkerung der afrikanischen Länder führt, dass das ‚Ausmaß‘ der Demokratie in ihrem Land abnimmt. Für andere Länder, wie den Senegal und Kenia, liegen ähnliche Ergebnisse vor, allerdings mit einer anderen Form der Datenerhebung. Gegenüber dem Wert aus dem Jahr 2000 von 60% der Bevölkerung, die in Südafrika eine vollwertige Demokratie oder eine Demokratie mit kleineren Problemen sah, sind 2003 nur noch 47% dieser Meinung. 36% sehen inzwischen große Probleme in der eigenen Demokratie und 7% der Befragten sehen gar kein demokratisches System in ihrem Land. Im gleichen Zeitraum fiel die Zufriedenheit der Südafrikaner mit dem politischen System von 50 auf 45% der Befragten.<sup>108</sup> Wenn sich der allgemeine afrikanische Trend auch zukünftig für Südafrika bestätigen sollte, gleichzeitig aber der ANC für unabsehbare Zeit an der Macht bleibt, so stellt sich die Frage, ob dies mittelfristig zu großen Problemen in der Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung führen wird.

Bei vielen afrikanischen Ländern, in denen die demokratische Welle der 90er der Abschaffung des Einparteiensstaates entsprach, handelte es sich um „Demokratien ohne Demokraten“<sup>109</sup>. Politische Institutionen waren von einer politischen Kultur umgeben, die nicht von Vertrauen in die Demokratie geprägt war. Dieses Vertrauen müssen sich die Institutionen zunächst erarbeiten, was weniger an mangelndem Einsatz, sondern vor allem an den widrigen Umständen scheitern kann, die in einem Entwicklungsland – wie Südafrika eines ist - nun einmal vorhanden sind.

Alle diese Faktoren bestätigen, dass vorerst kein erfolgreiches Ende der demokratischen Konsolidierung abzusehen ist und dass daher auch in Zukunft die Rolle des Parlamentes sich primär auf die Legitimationsbeschaffung für das politische Regime konzentrieren muss – und das ohne Aussicht auf einen ‚two turnover test‘.

### ***4.3 Formen der Opposition im südafrikanischen Regime***

Die eingeschränkten Möglichkeiten des Parlaments einerseits und die Notwendigkeit der Konzentration auf die Legitimitätszufuhr für das politische Regime, rücken die Akteure in das Blickfeld, die innerhalb dieses Kontextes einen Beitrag zur Konsolidierung leisten können. Denn

„gliedert man ein politisches System in die drei Ebenen Verfassung und Regierungssystem (Makroebene), intermediäre Interessenrepräsentation (Mesoebene) sowie Zivilgesellschaft und Bürger (Mikroebene), fungieren Parteien, Verbände und Medien als die entscheidenden Vermittlungsinstanzen zwischen den Bürgern und den staatlichen Entscheidungsinstanzen.“<sup>110</sup>

<sup>108</sup> ebenda

<sup>109</sup> Dieter Nohlen: Demokratisierung / Redemokratisierung. In: Ders. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg 2000. S. 169.

<sup>110</sup> Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie, a.a.O., S. 145.



#### 4.3.1 Die Democratic Alliance als der gescheiterte Versuch einer großen Oppositionspartei und andere kleine Oppositionsparteien

Die Democratic Alliance (DA) ging hervor aus einem Zusammenschluss der beiden größten Oppositionsparteien, der Democratic Party (DP) unter der Führung von Tony Leon und der New National Party (NNP), geleitet von Marthinus van Schalkwyk, als auch der kleinen konservativen Federal Alliance (FA) des unter vielen Buren populären Louis Luyt. Ziel der DA war die Schaffung eines Sammelbeckens für alle Gegner des ANC.<sup>111</sup> Sie wurde überwiegend von der Handschrift der DP geprägt,<sup>112</sup> wohingegen die FA eine neue konservative Splitterpartei ohne Stimmen in der National Assembly und daher ohne größeren Einfluss ist. Dass die NNP der Fusion so überraschend schnell zustimmte, war die Konsequenz aus der schweren Wahlniederlage von 1999 und der bereits direkt nach den Wahlen weit verbreiteten Überzeugung, dass eine halbwegs effektive parlamentarische Oppositionsarbeit nur durch eine „strategic cooperation“<sup>113</sup> der zerklüfteten Minderheitsparteien möglich sein könnte. So standen beispielsweise der DP, als größter Oppositionspartei mit 38 Abgeordneten, alleine 40 Portfolio-Committees der National Assembly gegenüber.

Tab. 1: Nationales Wahlergebnis von 1994 und 1999<sup>114</sup>

Parteien	1994			1999			Diff.	
	Stimmen	%-Anteil	Sitze	Stimmen	%-Anteil	Sitze	%-Anteil	Sitze
African National Congress (ANC)	12 237 655	62,65	252	10 601 330	66,35	266	+ 3,71	+ 14
Democratic Party (DP)	338 426	1,73	7	1 527 337	9,56	38	+ 7,82	+ 31
Inkatha Freedom Party (IFP)	2 058 294	10,54	43	1 371 477	8,58	34	- 1,95	- 9
New National Party (NNP)	3 983 690	20,39	82	1 098 215	6,87	28	- 13,52	- 4
United Democratic Movement (UDM)	-	-	-	546 790	3,42	14	+ 3,42	+ 14
African Christ. Dem. Party (ACDP)	88 104	0,45	2	228 975	1,43	6	+ 0,98	+ 4
Freedom Front (FF)	424 555	2,17	9	127 217	0,80	3	- 1,37	- 6
Un. Christ. Dem. Movement (UCDP)	-	-	-	125 280	0,78	3	+ 0,78	+ 3
Pan-Africanist Congress (PAC)	243 478	1,25	5	113 125	0,71	3	- 0,54	- 2
Federal Alliance (FA)	-	-	-	86 704	0,54	2	+ 0,54	+ 2
Minority Front (MF)	13 433	0,07	-	48 277	0,30	1	-	+ 1
Afrikaner Einheitsbewegung (AE)	-	-	-	46 292	0,29	1	+ 0,29	+ 1
Azanian People's Org. (AZAPO)	-	-	-	27 257	0,17	1	+ 0,16	+ 1
Abolition of Tax Party (AITUP)	-	-	-	10 611	0,07	-	-	-
Government by the People (GPGP)	-	-	-	9 193	0,06	-	-	-
Socialist Party of Azania (SOPA)	-	-	-	9 062	0,06	-	-	-
Gesamt	19 533 497	100	400	15 977 142	100	400		+/-71

Quelle: IEC

Bei den Kommunalwahlen im November 2000 erzielte die gemeinsame Liste der Allianz ein landesweites Ergebnis von 22% Prozent, da sie es schaffte, ihre vorwiegend nicht-schwarze

<sup>111</sup> o.V.: Südafrikas Liberale im Regen. In: NZZ, Nr. 252, 30. Oktober 2001, S. 4.

<sup>112</sup> o.V.: Mit vereinten Kräften gegen Mbekis Hausmacht. Zusammenschluss zweier Oppositionsparteien in Südafrika. In: NZZ, Nr. 147, 27. Juni 2000.

<sup>113</sup> J. E. Spence: Second Chance for the ANC: The South African General Election. In: Government and Opposition, Vol. 34, Nr. 4, 1999, S. 456 – 472.

<sup>114</sup> Michael A. Lange: Die Parlamentswahlen in Südafrika 1999. In: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 15, 1999, S. 62.

Wählerschaft zu mobilisieren.<sup>115</sup> Während die Wahlbeteiligung insgesamt nur bei 47% Prozent lag, gingen von der weißen Bevölkerung bis zu 80% zu den Wahlurnen. Zwar warb die DA auf ihren Wahlplakaten der Kommunalwahl im Dezember 2000 mit dem Slogan ‚for all‘ und rief den schwarzen DP-Abgeordneten Joe Seremane demonstrativ mit an die Parteispitze.<sup>116</sup> Dies hatte allerdings nur eine eingeschränkte Glaubwürdigkeit, da die DP noch im 99er Wahlkampf mit reißerischen Parolen wie ‚fight back (in Anspielung auf ein ‚fight black‘) eine stark polarisierende Strategie verfolgte. Ein formaler Zusammenschluss der drei Parteien war erst für die jetzt anstehenden Wahlen geplant, da die NNP nach dem damals gültigen Verfassungsrecht ihre Parlamentssitze verloren hätte, wenn sie mit einer anderen Partei fusionierte.<sup>117</sup> Die Bedeutung dieser ‚Anti-Defection Clause‘ in der Verfassung und die Implikationen ihrer Abschaffung werden im Kapitel 5 erläutert. Im Oktober 2001 scherte die NNP allerdings wieder aus der DA aus. Anlass waren einige Streitereien innerhalb der Allianz und besonders die Absetzung des der Korruption beschuldigten Premierministers der Westkap-Provinz, Peter Marais.<sup>118</sup> Die Provinz Western Cape hatte in so fern eine große Bedeutung für die Opposition, da sie von ihr zu diesem Zeitpunkt regiert wurde und darüber hinaus nur noch die Provinz Kwa-Zulu Natal nicht vom ANC dominiert wurde. Die tiefer liegende Ursache des Zusammenbruchs liegt aber wohl eher im Fehlen einer gemeinsamen Wertebasis und politischen Vision der Allianzpartner.<sup>119</sup>

Die NNP beschloss gleichzeitig mit ihrem Rückzug einen Pakt mit dem ANC, also ausgerechnet mit der Partei, aus deren Dominanz sie sich lösen wollte, als sie 1996 aus der Government of National Unity ausschied.<sup>120</sup> Der Grundgedanke dieser Vereinbarung scheint wohl darin zu bestehen, dass man sich – nach dem Motto ‚ANC-Mehrheit, NNP-Präsenz‘ - einen Zugang zu den Provinzregierungen und Exekutivräten der Gemeinden mit Hilfe des ANC verspricht, während dieser zugleich noch mehr Einfluss erhält. Zwar ist die alte DP nicht schwächer aus dem misslungenen ‚Projekt DA‘ hervorgegangen, als sie es zuvor gewesen ist. Der Plan einer großen Oppositionspartei gegen den ANC scheint allerdings vorerst gescheitert zu sein, zumal sich die Fortsetzung populistischer Wahlkampfmethoden, wie die neuerdings geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe, für eine vom Anspruch her liberale Partei kaum glaubwürdig erscheinen kann. Die Werbung der DA in den schwarzen Bevölkerungsgruppen scheint zwar inzwischen bescheidende Früchte zu tragen, die Führungsschicht ist allerdings weiß geblieben und die DA muss sich nun

<sup>115</sup> o.V.: ANC-Sieg bei Kommunalwahlen. In: Afrika Süd, Nr. 6, 2000, S. 4.

<sup>116</sup> Ebenda

<sup>117</sup> o.V.: Gründung der Democratic Alliance. In: Afrika Süd, Nr. 4, 2000, S. 5.

<sup>118</sup> o.V.: Bruch in Südafrikas Opposition. Die New National Party strebt Koalition mit dem ANC an. In: NZZ, Nr. 252, 30. Oktober 2001, S. 4.

<sup>119</sup> Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing, a.a.O., S. 46.

<sup>120</sup> Dies., S. 47.

wieder verstärkt um die Stimmen der Weißen und Coloureds kümmern, die jetzt nicht mehr ohne weiteres gesichert scheinen.<sup>121</sup>

Die restlichen Oppositionsparteien stehen weitestgehend im Schatten der DA und vor allem des ANC. Einzige Ausnahme sind die Independent Democrats (ID), denen ein Achtungserfolg für die Wahlen zugetraut wird.<sup>122</sup> Die Parteichefin Patricia de Lille hat sich als Abgeordnete des Pan Africanist Congress (PAC) einen Namen bei der Aufdeckung des Waffenhandelskandals gemacht und gilt besonders bei der Frage des Umgangs der Regierung mit der HIV-Katastrophe als eine der profiliertesten Politikerinnen des Landes.<sup>123</sup> Während des ‚floor crossings‘ hatte sie die Gelegenheit genutzt, dem verstaubtem PAC den Rücken zu kehren und mit einigen Gleichgesinnten eine neue Partei zu gründen. Welche Rolle aber diese ‚one-women-show‘ - wie die Kritiker sagen – langfristig spielen wird bleibt offen.

Die United Democratic Movement (UDM) wurde von Bantu Holomisa, der „wegen parteischädigenden Verhaltens“ vom ANC ausgeschlossen wurde und Roelf Meyer, einem ehemaligen Mitglied der NNP, gegründet und hatte das Ziel, eine Alternative zum ANC zu bilden, die alle ethnischen Gruppen anspricht. Überdurchschnittlich erfolgreich war die Partei 1999 jedoch nur in der Heimatprovinz Holomisas und Meyers (Eastern Cape) mit 13,6% der Stimmen. Nach dem Ausscheiden Meyers aus der Politik und vor allem den hohen Mandatsverlusten während des ‚floor crossings‘ (siehe das nächste Kapitel) steht es um die Zukunft der Partei nicht gut<sup>124</sup>, obwohl ihr noch vor wenigen Jahren einiges Potential attestiert wurde<sup>125</sup>.

Die beiden christlich-demokratischen Parteien ADCP und UCDP sind ebenfalls verschwindend klein. Die ADCP machte bei der Abstimmung über die neue südafrikanische Verfassung auf sich aufmerksam, als sie die einzigen zwei Gegenstimmen in der NA abgaben, weil sie den Entwurf als zu säkular betrachteten.<sup>126</sup> Bei den 99er Wahlen gelangen ihr starke Zugewinne auf niedrigem Niveau. Dies gelang auch der UCDP unter der Leitung des umstrittenen, früheren Leiters des Homelandes Boputatswana Mangope.

Die wenigen Stimmen der konservativen burischen Bevölkerung haben sich auf drei verschiedene Parteien, Freedom Front (FF), Freedom Alliance (FA) und Afrikaner Einheitsbewegung (AEB) aufgesplittert. Dies führte zur Verringerung der FF-Mandatszahl um 2/3. Eine ähnliche Marginalisierung erlebten die linken Splitterparteien Pan African Congress (PAC), Azanian People's Organisation (AZAPO) und die Socialist Party of Azania (SOPA). Diese Schwächung der radikalen

<sup>121</sup> Rainer Erfkens: Liberalismus und Patronagepolitik, a.a.O., S. 23.

<sup>122</sup> Ebenda

<sup>123</sup> o.V.: SA's muddy, polarised election campaign. In: M&G, 24. März 2004. Online im Internet: <<http://achive.mg.co.za>> [zugegriffen am 2. April 2004].

<sup>124</sup> IDASA: Floor Crossing Alienates Voters, Public Opinion Service, Februar 2004. Online im Internet: [www.idasa.org.za](http://www.idasa.org.za) [zugegriffen am 3. April 2004].

<sup>125</sup> Michael A. Lange: Die Parlamentswahlen, a.a.O., S. 71.

Parteien ist sicherlich ein gutes Zeichen für die demokratische Konsolidierung. Eine weitere positive Entwicklung in dieser Richtung ist die Gefangennahme und Verurteilung einiger burischer Aktivisten der rechtsextremen Boeremag, die im Jahre 2002 mit einigen Bombenexplosionen das Land beunruhigt hatten. Zuvor war ihr Versuch eines Anschlags auf den UN Gipfel in Johannesburg verhindert worden. Die Unterstützung für diese und andere rechtsextreme Gruppierungen scheint in der Bevölkerung inzwischen sehr gering zu sein, sodass eine Gefahr eines politischen Umsturzes kaum gegeben ist, wenn auch Anschläge von einer kleinen Minderheit von höchstens 15.000 Sympathisanten nicht ganz ausgeschlossen werden können.<sup>127</sup>

#### 4.3.2 Opposition innerhalb der nationalen Regierung und die Hoffnung auf eine Pluralisierung innerhalb des ANC

Auch innerhalb der Regierungskoalition und sogar innerhalb des ANC ist eine gewisse Opposition festzustellen. So hatte die Inkatha Freedom Party (IFP) unter der Leitung des Innenministers und zweiten Vize-Präsidenten Mangosuthu Buthelezis, die mit drei Ministern in der nationalen Regierung vertreten ist, immer eine Politik verfolgt, die die knappe Vormachtsstellung der Partei in der Provinz Kwa-Zulu Natal erhalten sollte und generell die föderativen Elemente des Staates stärkte. Dies war als Gegengewicht zu den eher zentralistischen Vorstellungen des ANC wichtig,<sup>128</sup> wurde allerdings bei den ‚floor crossings‘ auf eine harte Probe gestellt und eine Fortsetzung ist angesichts der kommenden Wahlen unsicher. Die Partei ist inzwischen eine ‚coalition for change‘ mit der DA eingegangen, um bei den nächsten Wahlen zumindest in Kwa-Zulu Natal an der Regierung bleiben können. Wichtig für eine solche Oppositionskoalition wäre beispielsweise der Bruch der  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit des ANC im NCOP. Dazu müsste aber die absolute Mehrheit des ANC noch in einer weiteren Provinz - neben den für den ANC unsicheren Provinzen Kwa-Zulu Natal und Western Cape – gebrochen werden, was aber als sehr unwahrscheinlich gelten darf.<sup>129</sup>

Auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Dreierallianz, die die ANC-Wahllisten umfasst, scheinen vorerst ausgestanden zu sein, da jede Gruppierung gewisse Erfolge vorzuweisen hat und sowohl die SACP als auch die Gewerkschaft COSATU durch eine personelle Einbindung in die Regierungsverantwortung erfolgreich integriert wurden.<sup>130</sup> So wünschenswert es wäre, dass die südafrikanische Parteienlandschaft sich nach Themen und ideologischen Vorstellungen ausrichtet

<sup>126</sup> Ders., S. 72.

<sup>127</sup> Jean-Pierre Kapp: Prozess gegen Rechtsextremisten in Pretoria. Weisse Terrorgruppen genießen kaum mehr Sympathien. In: NZZ, Nr. 128, 5. Juni 2003, S. 6.

<sup>128</sup> Michael A. Lange: Die Parlamentswahlen, a.a.O., S. 84. Nicht nur die Abhängigkeit der ANC-Provinzpremiers vom Parteivorsitzenden des ANC, sondern auch die generelle Favorisierung des ANC für zentralstaatliche Strukturen ist hier gemeint. Siehe: Rolf Lange: Südafrika auf dem Weg zur Demokratie. Föderalismus als Option der Konsolidierung. Münster 1998. S. 103 ff.

<sup>129</sup> Ders., S. 97.

<sup>130</sup> Ders., S. 98.

und nicht nur nach altem Bündnisdenken und ethnischen Gesichtspunkten, ist eine Neuordnung doch sehr unwahrscheinlich.<sup>131</sup> So hat der ANC sich inzwischen zu einem Vertreter der schwarzen Mittelklasse entwickelt, da er besonders die in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft und die schwarze Wirtschaftselite protegiert.<sup>132</sup> Diese sind im Gegensatz zu den 40% der Bevölkerung, die in Armut lebt, hervorragend organisiert und haben kein Interesse an einer weiteren Umverteilung oder gar an einer höheren Steuerbelastung. Die Ausweitung der wichtigsten Grundversorgungen, der hohe Kredit, den der ANC für die Bekämpfung der Apartheid immer noch besitzt, die gute Parteiorganisation auch in den Armenvierteln, der Mangel an politischen Alternativen und nicht zuletzt die ideologischen Modelle der ‚rainbow nation‘ und der insbesondere von Mbeki propagierten ‚African Renaissance‘ werden dem ANC wohl auf lange Sicht auch die Unterstützung der armen Bevölkerung sichern. Die einzige andere Option der armen Bevölkerung wäre nur die Resignation.<sup>133</sup>

Das Parteiensystem Südafrikas scheint sich eher nicht in absehbarer Zukunft maßgeblich zu verändern, denn „the seismic shift will only come about when there is a credible black alternative to the ANC [...]. And we are at least three elections away from that, if post-colonial Africa is anything to go by.”<sup>134</sup> Daher ist im Sinne der demokratischen Konsolidierung nur noch auf eine gewisse Pluralisierung des ANC zu hoffen, die durch eine höhere Selbständigkeit der Abgeordneten und die Verbesserung der direkten Vertretung der Bevölkerung erreicht werden könnte. Mit funktionierenden Interessenrepräsentationskanälen insbesondere der armen Bevölkerung gegenüber den bestimmenden, gut organisierten Eliten innerhalb der Partei wäre viel für die Legitimitätszufuhr zum politischen Regime gewonnen. Ähnliches gilt für die Kontrolle der Regierungsarbeit in den Ausschüssen, die mit der Unterstützung der Öffentlichkeit zu Veränderungen in der Regierungspolitik führen können.

#### 4.3.3 Die Zivilgesellschaft in Südafrika als Opposition am Beispiel des NGO-Sektors

Die Entwicklung der südafrikanischen Zivilgesellschaft wurde stark von der Apartheid geprägt.<sup>135</sup> Nicht nur schwarze Gruppierungen wie der ANC, sondern auch weiße Organisationen und Gruppen wurden entlang der Gesellschaftsstrukturen gegründet. Die Zivilgesellschaft hatte einen nicht immer sichtbaren, aber insgesamt positiven Einfluss auf den südafrikanischen Demokratisierungsprozess. Besonders die Involvierung der Bevölkerung in den von der politischen Elite bestimmten Demokratisierungsprozess wurde durch die Zivilgesellschaft geleistet. Die

<sup>131</sup> Paul Maylam: The Politics of Adaption and Equivocation: Race, Class and Opposition in 20<sup>th</sup> Century South Africa. In: KAS Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy, Nr. 2, 2001, S. 176.

<sup>132</sup> Siegmund Schmidt: The New Divide, a.a.O., S. 162.

<sup>133</sup> Ebenda

<sup>134</sup> Ferial Haffajee und Marianne Merten: A second look., a.a.O.

<sup>135</sup> Volkhart Heinrich: a.a.O., S. 46 ff.

Zivilgesellschaft soll hier wie bei Heinrich verstanden werden „als Gruppe von Akteuren, die innerhalb der ihnen vorgegebenen Strukturen ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit besitzen.“<sup>136</sup> Diese Akteure können dann wiederum zu einer demokratischen Konsolidierung etwas beitragen, wenn sie gewisse Funktionen übernehmen. Nach Heinrich sind es Kontrollfunktion, Interessenrepräsentationsfunktion, Sozialisationsfunktion, pluralistische Funktion und die Dienstleistungsfunktion, die das Demokratiepotehtial der Zivilgesellschaft ausmachen. Immer wenn Nichtregierungsorganisationen (NGO) diese Funktionen übernehmen, können sie im Prinzip zur demokratischen Konsolidierung beitragen. NGOs sind organisierte, private, nicht Profit verteilende, selbst verwaltete und auf freiwilliger Arbeit basierende Gruppierungen. Heinrich führt in seiner Arbeit diese Funktionen mit dem Konzept der demokratischen Konsolidierung zusammen und ermittelt dadurch die Demokratie fördernden Funktionen von NGOs auf bestimmte Konsolidierungsfunktionen beziehungsweise -ebenen, um anschließend auf die Bedeutung der NGOs für die gesamte Konsolidierung zu schließen.<sup>137</sup> Dies aufzuführen, sprengt den Rahmen der Arbeit. Der NGO-Sektor in Südafrika ist jedoch außergewöhnlich umfangreich, zugleich heterogen und sehr wichtig für die demokratische Konsolidierung. Heinrich nennt hier besonders die NGOs als Schulen der Demokratie, ihren Beitrag zur Verbesserung der politischen Kultur, die Kontrolle der Regierung und eine sedative Funktion, die durch Kontakte zwischen den Bevölkerungsgruppen, den spaltenden Tendenzen entgegenwirkt. Ein gutes Beispiel ist dafür die Treatment Action Campaign unter der Leitung des HIV-infizierten Zackie Achmat, die wesentlich zum Umschwenken der Regierung bezüglich der Bekämpfung von AIDS beigetragen hat. Es wäre Aufgabe der Regierung, die schlechten Rahmenbedingungen für die NGOs durch das Steuerrecht, die mangelhafte finanzielle Förderung und die Schließung von RDP-Büros zu beseitigen, um die Mitarbeit der NGOs für die Überwindung der gesellschaftlichen Konflikte zu lösen. Auch die Medien können als Teil der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle in der Konsolidierungsphase spielen.

#### 4.3.4 Opposition durch die südafrikanische Medienlandschaft

In ihrem Buch über „Die Bedeutung der Medien im Transitionsprozess Südafrikas“ kommt Petra Märklender zu dem Ergebnis, dass die Presse nach der Transition ihre Rolle in der Ordnung noch nicht ganz gefunden hat<sup>138</sup> und diese wird auch weiterhin nicht leicht zu finden sein. Häufig musste sie Kritik ertragen, sie sei zu wenig konstruktiv und schade dem ‚nation-building‘. So war Mbeki schon zu seiner Zeit als Vizepräsident wenig freundlich mit der Presse umgegangen. Aber auch Mandela schimpfte 1997 über Teile der Medien als „Instrumente zum Schutz rassistischen

<sup>136</sup> Ders. S. 38.

<sup>137</sup> Ders., S. 123.

Erbes“<sup>139</sup>. Die Presse wird in Zukunft jedoch noch stärker als ‚watch-dog‘ auftreten müssen. Die ‚alternative press‘, die gegen die Apartheid opponierte, fordert Märlender daher auf, kritischer zu sein und nicht in alter Loyalität zur Regierung zu stehen. Besondere Anstrengungen müssten die Medienunternehmen in Zukunft im Bereich der Ausbildung unternehmen, um investigativen Journalismus zu fördern, „in order to be able to fulfill the role as countervailing power to government“.<sup>140</sup>

Stephan Kaußen weist auf die Aufsplitterung der südafrikanischen Öffentlichkeit in verschiedene Teilöffentlichkeiten hin, in denen das Potential für einen Beitrag zu einer positiven Konsolidierung(-stimmung) zu selten genutzt wird. So wird zu häufig negativ über die von den gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam erzielten Kompromisse berichtet. Viele Chancen zum dringend notwendigen ‚nation building‘ werden vertan, obwohl dazu auch keine Kompromisse bei der kritischen Berichterstattung nötig wären.<sup>141</sup> Heribert Adam sieht sogar die ironische Entwicklung, dass die Qualität der Presse seit dem Wegfall der Apartheid merklich abgenommen hat.<sup>142</sup> Weitere Schwierigkeiten entstehen durch Armut, Analphabetentum und andere soziale Probleme, die es der Presse schwer machen, alle Bürger zu erreichen. Daher kommt dem Radio und Fernsehen eine zentrale Bedeutung zu. Adam stellt bei diesen Medien eine eindeutige Tendenz „in Richtung einer informellen Gleichschaltung“<sup>143</sup> fest, jedenfalls was die öffentlichen Sender des South African Broadcasting Channel (SABC) betrifft. Dieser hatte einige kritische Kommentatoren vor die Tür gesetzt. Hoffnungsvoll stimmt hingegen die Zulassung von privaten Radiostationen und Fernsehsendern, was zu einer Pluralisierung der Medienlandschaft beiträgt.

## 5 Das Phänomen des ‚floor crossing‘ als Lackmustest für die Parlamente

Der Begriff ‚floor crossing‘ stammt aus der Tradition des britischen Unterhauses, in dem bei Abstimmungen das Überqueren des Ganges zwischen den beiden maßgebenden Fraktionen, ein Überlaufen zum politischen Gegner bedeutet und zwar entweder im Falle eines einmaligen Abweichens von der Mehrheitsmeinung der eigenen Fraktion oder gar eines generellen Wechsels der Fraktionsmitgliedschaft.<sup>144</sup> Für den südafrikanischen Fall ist hier der Wechsel der Parteimitgliedschaft eines Abgeordneten zu einer Partei oder auch das Verlassen der Partei in einen unabhängigen Status gemeint.

<sup>138</sup> Petra Märlender: Die Bedeutung der Presse im Transitionsprozeß Südafrikas, Institut für Afrika Kunde, Hamburg 2000, S i-xxi.

<sup>139</sup> Birgit Morgenrath: Macht und Ohnmacht der vierten Gewalt. Medien in Südafrika. In: Afrika Süd, Nr. 2, 2000, S. 23-25.

<sup>140</sup> Petra Märlender: Die Bedeutung der Presse, a.a.O., S. xxi.

<sup>141</sup> Stephan Kaußen: Von der Apartheid zur Demokratie, a.a.O., S. 322-327.

<sup>142</sup> Heribert Adam: Zur politischen Kultur Südafrikas nach Mandela. In: Afrika-Spektrum, Nr. 33, 1999, S. 365.

<sup>143</sup> Ebenda

<sup>144</sup> Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing, a.a.O., S. 43.

Wie bereits erwähnt, gab es seit der 1993 entstandenen Übergangsverfassung eine so genannte ‚Anti-Defection Clause‘, die später Gegenstand von Verfassungsänderungen und Verfassungsklagen werden sollte. Diese Klausel schrieb den Verlust des Mandats von Abgeordneten auf provinzieller und nationaler Ebene vor, die während einer Legislatur ihr Parteibuch wechseln oder deren Partei sich aufspaltet, beziehungsweise mit einer anderen Partei fusioniert. In der endgültigen Verfassung von 1996 wurde dieses in Form einer Übergangsregelung bestätigt, die nach einem angemessen langen Zeitraum vom Parlament durch ein normales Gesetz wieder aufgehoben werden konnte. Die kommunalen Parlamente wurden von dieser Übergangsregelung in so fern nicht betroffen, da hier die faire Proportionalität sogar im Verfassungstext festgeschrieben stand und in diesem Fall sogar eine 2/3-Mehrheit der beiden Kammern des Parlaments zur Änderung notwendig gewesen wäre.<sup>145</sup> Der Hintergrund für die Einführung solcher Regelungen waren einerseits die Forderung der strikten Einhaltung des Proporz im Wahlrecht, um Minderheiten eine Vertretung in den Parlamenten zu garantieren und andererseits die Befürchtung, dass die junge Demokratie durch opportunistische Überläufer zugrunde gerichtet werden könnte.

Der Wechsel der NNP von der DA in die Arme des ANC löste nun eine nationale Gesetzgebungstätigkeit von Seiten des ANC und der NNP aus, die als ‚floor crossing legislation‘ zusammengefasst wurde. Das Ziel war die Ermöglichung des ‚floor crossing‘ während zweier 14-tägiger Zeitfenster innerhalb einer Legislaturperiode. Um den Bedenkenträgern entgegen zu kommen, wurde eine Hürde vorgesehen, die ein ‚Überlaufen‘ von Abgeordneten nur bei einer Mindestzahl von 10% der Fraktion im betroffenen Parlament erlaubt. Viele kleine Parteien sehen darin allerdings den Versuch des ANC ein ‚floor crossing‘ seiner eigenen Abgeordneten zu verhindern, da sich in der NA beispielsweise sechszwanzig ANC-Abgeordnete finden müssten, um einen gemeinsamen Wechsel zu vollziehen.<sup>146</sup> Zum Schutz der abtrünnigen Abgeordneten sollte es den Parteien während des Zeitfensters nicht möglich sein, selbige aus ihren Reihen auszuschließen, wodurch diese ihr Mandat verloren hätten. Die Zuständigkeit für das Entgegennehmen und die vertrauliche Bearbeitung von Anträgen der Abgeordneten zum Verlassen beziehungsweise zum Wechsel ihrer Partei wurde der unabhängigen Wahlkommission (IEC) zugewiesen.<sup>147</sup>

Als diese Gesetze – ohne zu große Hast – im Juni 2002 verabschiedet und vom Präsidenten unterzeichnet wurden, konnten einige kleinere Oppositionsparteien, wie der UDM und die IFP vor Gericht eine vorübergehende Aussetzung der Gesetze erreichen, bis über ihre Verfassungsklage am 4. Oktober endgültig entschieden wurde. Der Supreme Court wies die Klagen der beiden kleineren Parteien ab und stellte fest, dass die Ermöglichung des ‚floor crossings‘ weder das Prinzip der

---

<sup>145</sup> Dies., S. 45.

<sup>146</sup> Dies., S. 66.



proportionalen Repräsentation in den Parlamenten in Frage stelle, noch eine Gefahr für die Mehrparteiendemokratie sei. Der UDM hatte vor Gericht argumentiert, dass die großen und sich an der Macht befindlichen Parteien Abgeordnete aus kleineren Fraktionen mit Posten ‚über den Gang locken‘ könnten. Allerdings wurde die Aufhebung der ‚Anti-Defection Clause‘ auf provinzieller und nationaler Ebene wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt, da das Gericht dafür eine Verfassungsänderung als notwendig erachtete. Dem entsprechend wurde das Fourth Amendment Act sofort nach dem Urteil eingeleitet und das erste ‚floor crossing‘ auf die fünfzehn Tage nach dem 28. März 2003 festgelegt. Auf kommunaler Ebene konnte das ‚floor crossing‘ bereits zwischen dem 8. und 22. Oktober 2002 von Statten gehen.

Die Folgen dieses Prozesses waren für das politische Regime des Landes erheblich. Die IEC gab für das kommunale ‚floor crossing‘ des Jahres 2002 bekannt, dass 555 von landesweit circa 8000 lokalen Ratsmitgliedern ihre Partei verlassen hatten. Der allgemeine Trend des kommunalen ‚floor crossings‘ war das Auftauchen unabhängiger Ratsmitglieder und Verluste bei den kleineren Parteien.<sup>148</sup> In 21 Städten und Gemeinden gab es einen Wechsel der Mehrheiten, dies betrifft vor allem die Provinz Western Cape. Darunter sind 15 Kommunen, in denen die DA alleine regierte und jetzt die Opposition stellt, da die neue ANC-NNP – Allianz dort nun das Sagen hat. So war auch das Verbleiben vieler ehemaliger NNP Abgeordneter bei der DA ein schwacher Trost.

Während sich die ‚floor crossing legislation‘ auf provinzieller und nationaler Ebene vor dem Gericht und damit in einer Schwebe befand, hatten mehrere Abgeordnete in verschiedenen Parlamenten ihre Absicht zum Parteiwechsel angekündigt. In der Provinz Kwa-Zulu Natal wollten fünf Abgeordnete von DA, IFP und UDM in den ANC wechseln und damit mit der Hilfe von anderen kleinen Parteien den IFP aus der letzten Provinzregierung verdrängen, in der der ANC nicht den Premierminister stellte.<sup>149</sup> Durch das Einschreiten der Gerichte, wurde die Koalition von IFP und ANC in Kwa-Zulu Natal schließlich vorerst weitergeführt. Die Tabelle zeigt die Veränderungen in der Provinzkammer.

---

<sup>147</sup> Dies., S. 49.

<sup>148</sup> Dies., S. 60.

<sup>149</sup> dies., S. 53.

Tab. 2: ‚floor crossing‘ in den Provinzparlamenten von Western Cape und Kwa-Zulu Natal im Jahr 2003<sup>150</sup>

REGIONAL					
<b>Kwa-Zulu Natal</b>					
	<b>1999 Elections</b>	<b>Percentage</b>	<b>Defectors</b>	<b>After Floor Crossing</b>	<b>Percentage</b>
ANC	32	40.00%	3	35	43.75%
IFP	34	42.50%	(2)	32	40.00%
DP/DA	7	8.75%	(1)	6	7.50%
UDM	1	1.25%		1	1.25%
NNP	3	3.75%	(1)	2	2.50%
ACDP	1	1.25%		1	1.25%
MF	2	2.50%		2	2.50%
New Parties Formed:					
Peace and Development Party		0.00%	1	1	1.25%
<b>TOTAL</b>	<b>80</b>	<b>100.00%</b>	<b>0</b>	<b>80</b>	<b>100.00%</b>
<b>Western Cape</b>					
	<b>1999 Elections</b>	<b>Percentage</b>	<b>Defectors</b>	<b>After Floor Crossing</b>	<b>Percentage</b>
ANC	18	42.86%	4	22	52.38%
DP/DA	5	11.90%	2	7	16.67%
NNP	17	40.48%	(5)	10	23.81%
UDM	1	2.38%	(1)	0	0.00%
ACDP	1	2.38%	1	2	4.76%
New Parties:					
New Labour Party		0.00%	1	1	
<b>TOTAL</b>	<b>42</b>	<b>100.00%</b>	<b>1</b>	<b>42</b>	<b>97.62%</b>

Der ANC kann auch deswegen als der Gewinner dieser ‚floor crossing legislation‘ gelten, weil sie die bei der 99er Wahl nur um ein Mandat verpasste  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit in der NA endlich erreichen konnte, wie dies die nächste Tabelle zeigt. Darüber hinaus verlor er keinen einzigen Abgeordneten – ein weiteres Zeichen dafür, dass die Dreiparteienallianz zurzeit sehr geschlossen dasteht.<sup>151</sup>

Tab. 3: ‚floor crossing‘ in der NA im Jahr 2003<sup>152</sup>

2003 Floor Crossing					
NATIONAL					
<b>Parties</b>	<b>1999 Elections</b>	<b>Percentage</b>	<b>Defectors</b>	<b>After Floor Crossing</b>	<b>Percentage</b>
ANC	266	66.50%	9	275	68.75%
DA	38	9.50%	8	46	11.50%
IFP	34	8.50%	(3)	31	7.75%
NNP	28	7.00%	(8)	20	5.00%
UDM	14	3.50%	(9)	4	1.00%
ACDP	6	1.50%	1	7	1.75%
PAC	3	0.75%	(1)	2	0.50%
UCDP	3	0.75%		3	0.75%
Vryheidsfront/Freedom Front	3	0.75%		3	0.75%
Freedom Alliance	2	0.50%		2	0.50%
Africander Eenheidsbeweging	1	0.25%	(1)	0	0.00%
Azanian People's Organization	1	0.25%		1	0.25%
Minoirty Front	1	0.25%		1	0.25%
New Parties Formed:		0.00%		0	0.00%
Independent Democrats (de Lille)		0.00%	1	1	0.25%
National Action		0.00%	1	1	0.25%
African Independent Movement		0.00%	1	1	0.25%
Alliance for Democracy & Prosperity		0.00%	1	1	0.25%
Peace and Justice Congress (Mr M. F Cassim)		0	1	1	
<b>TOTAL</b>	<b>400</b>	<b>100.00%</b>	<b>1</b>	<b>400</b>	<b>99.75%</b>

Die öffentliche Debatte über das ‚floor crossing‘ wurde vor allem von einer Empörung über die Prinzipienlosigkeit der wechselnden Abgeordneten geprägt und zog sich wegen des langwierigen

<sup>150</sup> Ebenda

<sup>151</sup> Ferial Haffajee und Marianne Merten: A second look. Floor crossers or double crossers? In: M&G, 9. April 2003. Online im Internet: [www.mg.co.za/Content/I3.asp?ao=12992](http://www.mg.co.za/Content/I3.asp?ao=12992) [zugegriffen am 11. April 2003].

<sup>152</sup> IDASA: Floorcrossing at a Glance, 22. April 2003. Online im Internet: [www.idasa.org.za/pdf/1007/.pdf](http://www.idasa.org.za/pdf/1007/.pdf) [zugegriffen am 27. Januar 2004].

Gesetzgebungsverfahren und der juristischen Auseinandersetzung über mindestens ein Jahr. Entscheidend für das Thema der Arbeit ist jedoch, dass das ‚floor crossing‘ im südafrikanischen Verfassungssystem eine unklare Stellung der Abgeordneten im politischen Regime aufgedeckt hat. Zwar ist in den meisten parlamentarischen Systemen ein Wechsel der Abgeordneten zwischen den Fraktionen möglich, allerdings besitzen diese Systeme meistens auch mindestens ein Element des Mehrheitswahlrechts, das die direkte Verantwortung des Abgeordneten gegenüber seinen Wählern stärkt und zugleich seine Abhängigkeit von der Partei mindert.<sup>153</sup> Aus der allgemeinen Erfahrung mit anderen Transformationen hat sich gezeigt, dass „die für junge Demokratien konsolidierungsfördernden Wahlsysteme eher in der Mitte zwischen den reinen Typen der Mehrheits- und Verhältniswahl angesiedelt sind“<sup>154</sup>.

Im südafrikanischen Kontext erscheint dies aber nicht deswegen wichtig, weil ein reines Verhältniswahlrecht destabilisierend auf das politische Regime, im Sinne einer erschwerten Regierungsstabilität wirkt. Dafür ist die Stellung des ANC auf unabsehbare Zeit zu dominant. Der Gewinn wäre vielmehr der größere Aktionsradius des einzelnen Abgeordneten innerhalb der politischen Parteien, ein engeres Verhältnis der Parlamentarier zu den Wählern<sup>155</sup> und damit die Verbesserung der Funktion des Parlaments als Interessenrepräsentationskanal. Zurzeit scheinen im Wesentlichen die Parteispitzen zu bestimmen, was im Parlament entschieden wird. Der ANC verfügt selbst seit 1994 über einen Verhaltenskodex, in dem es den ANC-Mitgliedern unter den Parlamentariern untersagt wird, „die parlamentarischen Strukturen zu benutzen, um Entscheidungen und Politik der Organisation zu unterminieren“<sup>156</sup>. So hat das ‚floor crossing‘ zwar zunächst zu einem schlechteren Bild der Politik bei der Bevölkerung geführt, die Position des ANC vorübergehend gestärkt und wiederholt deutlich gemacht, dass von einer abgeschlossenen Konsolidierung der Demokratie noch keine Rede sein kann. Da die Dominanz des ANC ohnehin auf absehbare Zeit nicht weichen wird, bleibt jedoch zu hoffen, dass eine Stärkung der Unabhängigkeit der Parlamentarier gegenüber der Partei die Bedeutung der Legislativen erhöhen wird, um ihrem Auftrag zur Legitimitätszufuhr für das politische System gerecht werden zu können.

## 6 Schluss

Anhand des von Heinrich erstellten operationalisierten Konzeptes lässt sich der Stand der Konsolidierung mit vielen seiner Interdependenzen recht zuverlässig darstellen. Die aktuellen Entwicklungen machen jedoch eine neue Berechnung einiger Indikatoren erforderlich. Besonders

---

<sup>153</sup> Ferial Haffajee und Marianne Merten: A second look, a.a.O. Ferial Haffajee und Marianne Merten: A second look. Floor crossers or double crossers? In: M&G, 9. April 2003. Online im Internet: [www.mg.co.za/Content/I3.asp?ao=12992](http://www.mg.co.za/Content/I3.asp?ao=12992) [zugegriffen am 11. April 2003].

<sup>154</sup> Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie, a.a.O., S. 41.

<sup>155</sup> Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing, a.a.O., S. 65.

die Indikatoren 3, 6, 12, 13 und 14 dürften inzwischen andere, vermutlich negativere Werte ergeben. Darüber hinaus haben sich weitere Ansätze der Transformationsforschung wie kulturtheoretische Überlegungen bei der Analyse als nützlich erwiesen, da sie Hindernisse für eine demokratische Entwicklung aufdecken können.

Die gesellschaftlichen Strukturen der Republik Südafrika sind nach wie vor ein großes Hindernis für eine erfolgreiche Konsolidierung. Auch die Schaffung einer gemeinsamen staatsbürgerlichen Identität über die Grenzen der ethnischen Bevölkerungsgruppen hinweg, scheint kaum Fortschritte zu machen. In den Kapiteln über die Wirtschaftspolitik und die Zivilgesellschaft hat sich gezeigt, dass die Regierung es versäumt hat, die höchste Priorität ihrer Politik auf die Überwindung der sozialen und damit der ethnischen Konfliktlinien zu legen. Analysten befürchten eine Lateinamerikanisierung Südafrikas nach dem eine führende Klasse bei relativer politischer Stabilität die Verarmung der Massen in Kauf nimmt. In der Tat gibt es bisher keine überzeugenden Konzepte, die die Bekämpfung der Armut wirklich voranzubringen scheinen. Eine unmittelbar bevorstehende Gefährdung des Staates durch soziale Spannungen ist allerdings – wie schon mehrfach erläutert – nicht zu erwarten.

Die Dominanz des ANC führt zwar einerseits zu einer gewissen Stabilität des Regimes, aber viele in der Verfassung vorgesehenen ‚Checks and Balances‘ des politischen Regimes können nur wenig zur Wirkung gelangen. Dies gilt insbesondere für die föderalen Strukturen, aber auch für die Funktion der Parlamente, wie beispielsweise in Bezug auf ihre Steuerungs- und Gestaltungsmittel als auch der Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Die für die meisten Transformationsländer festgestellte konsolidierungsfördernde Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht wäre auch für Republik Südafrika in einem gewissen Rahmen wünschenswert. Zwar ist das Prinzip der Repräsentativität sehr wichtig, um auch Minderheiten eine Stimme im Parlament geben zu können. Elemente eines Mehrheitswahlrechts würden aber die Stellung des einzelnen Abgeordneten und der Parlamente insgesamt stärken. Dadurch könnte die Kontrolle der Regierung besser gewährleistet und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen erhalten werden.

Unter diesen Umständen ist es für die Akteure der Opposition sehr schwierig, für ‚accountability‘ zu sorgen und ‚non-issues‘ zum Thema zu machen. Tatsächlich verfügt Südafrika über eine sehr vielseitige Zivilgesellschaft, über eine kritische, freie – wenn auch qualitativ verbesserungswürdige – Presse und viele weitere Akteure, die als Opposition auch außerhalb der Institutionen auftreten können. Allerdings werden diese auf Dauer kaum die Funktion von ‚Checks and Balances‘ erfüllen können, die innerhalb des politischen Regimes auf Dauer immer wichtiger werden. Zu befürchten ist

---

<sup>156</sup> Code of Conduct for ANC MPs von 1994 (zitiert nach: Thomas S. Knirsch und Elisabeth Schwab: Floor Crossing, a.a.O., S. 64.).

ein Verlust an Unterstützung für die Demokratie, vor allem wenn sich die neuen Eliten innerhalb des ANC mit der Situation der Armen arrangieren werden.

In Anlehnung an Claude Aké bleibt daher Folgendes zu sagen<sup>157</sup>: Bei der Beseitigung der Armut geht es auch um die Frage nach der Qualität der Demokratie. Sollte sich nicht eine Emanzipation der Armen und damit des Großteils der schwarzen Bevölkerung ausbleiben, dann legitimiert die Demokratie nur die Machtlosigkeit der Menschen. Vielleicht geht es diesen Menschen jetzt noch schlechter als in den Zeiten der Apartheid, als ihre Machtlosigkeit wenigstens noch als ein Problem angesehen wurde.

---

<sup>157</sup> Claude Aké: Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika, a.a.O.

## 7 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Adam, Heribert: Zur politischen Kultur Südafrikas nach Mandela. In: Afrika-Spektrum, Nr. 33, 1999, S. 359-366.
- Afrobarometer Network: Afrobarometer Round 2: Compendium of Comparative Results from a 15-Country Survey, Working Paper, Nr. 34, März 2004. Online im Internet: <www.idasa.org.za> [zugegriffen am 2. April 2004].
- Aké, Claude: Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika. In: Jochen Hippler (Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt, Hamburg 1994, S. 59 - 82.
- Bratton, Michael: South Africa. In: Comparative Studies. Interests, Identities, and Institutions in a Changing Global Order. Herausgegeben von Jeffrey Kopstein und Mark Lichbach, Cambridge 2000, S. 381 - 412.
- Bussiek, Christel und Hendrik: Mandelas Erben. Notizen aus dem neuen Südafrika., Bonn 1999.
- Christen, Anton: Hegemon mit Samthandschuhen. Aussenpolitik im Zeichen von Charisma und Afrikanismus. In: NZZ, Nr. 55, 6. und 7. März 2004, S. 5.
- Erdmann, Gero: Demokratie, Kultur und Tradition. Zum Problem vorkolonialer Herrschaft in der afrikanischen Demokratiedebatte, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1998.
- Erfkens, Rainer: Liberalismus und Patronagepolitik. Interview mit Rainer Erfkens von der Friedrich-Naumann-Stiftung. In: Afrika Süd, Nr. 3, 2003, S. 23f.
- Faure, Murray: The Electoral Systems Issue in South African Politics. (KAS Occasional Papers, RSA), Johannesburg February 1999.
- February, Judith: Political Information & Monitoring Service (PIMS) continues to promote open and accountable executives. In: IDASA Report 2002, S. 5.
- Friedmann, Steven: Holding a Divided Centre: Prospects for Legitimacy and Governance in Post-Settlement South Africa, Paper Prepared for the IPSA Congress, 21. bis 25. August 1994 (zitiert nach: Siegmund Schmidt: Südafrika: Demokratisierung als Prozeß der Verfassungsgebung? In: Wolfgang Merkel, Eberhardt Sandschneider, Dieter Segert (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S. 368f.).
- Good, Kenneth: Realizing Democracy in Botswana, Namibia and South Africa. Africa Institute Research Paper 59, Pretoria 1997.
- Habib, Adam und Vishnu Padayachee: Economic Policy and Power Relations in South Africa's Transition to Democracy. In: World Development, Vol. 28, Nr. 2, S. 245 - 263.
- Haffajee, Ferial und Marianne Merten: A second look. Floor crossers or double crossers? In: M&G, 9. April 2003. Online im Internet: www.mg.co.za/Content/13.asp?ao=12992 [zugegriffen am 11. April 2003].
- Hagemann, Albrecht: Kleine Geschichte Südafrikas, München 2001.
- Heinrich, Volkhard: Demokratische Konsolidierung in Südafrika. Die Rolle des NGO – Sektors, Institut für Afrika – Kunde, Hamburg 2001.
- Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century, Norman 1991.
- IDASA Budget Information Service: Budget 2004. An immediate response. A very good budget, but a couple of concerns, 19. Februar 2004. Online im Internet: <www.idasa.org.za/bis> [zugegriffen am 2. April 2004].
- IDASA Political Information and Monitoring Service: Party support in South Africa's third democratic election. Elections Brief, 20. Februar 2004. Online im Internet: www.idasa.org.za [zugegriffen am 2. April 2004].
- IDASA: Democracy and Electoral Alternation: Evolving African Attitudes, Afrobarometer Briefing Paper, No. 9., April 2004. Online im Internet: <www.idasa.org.za> [zugegriffen am 2. April 2004].
- IDASA: Floor Crossing Alienates Voters, Public Opinion Service, Februar 2004. Online im Internet: www.idasa.org.za [zugegriffen am 3. April 2004].
- IDASA: Floorcrossing at a Glance, 22. April 2003. Online im Internet: <www.idasa.org.za/pdf/1007/.pdf> [zugegriffen am 27. Januar 2004].
- Kapp, Jean-Pierre: Prozess gegen Rechtsextremisten in Pretoria. Weisse Terrorgruppen geniessen kaum mehr Sympathien. In: NZZ, Nr. 128, 5. Juni 2003, S. 6.
- Kaußen, Stephan: Von der Apartheid zur Demokratie. Die politische Transformation Südafrikas, Wiesbaden 2003.
- Knirsch, Thomas S. und Elisabeth Schwab: Floor Crossing – Parteiübertritte in Südafrika und ihre Auswirkungen auf die junge Demokratie. In: KAS Auslandsinformation, November 2002, S. 43-69.
- Kotzé, Hennie: Take Us to Our Leaders: The South African National Assembly and its Members, (KAS Occasional Papers), Johannesburg July 1997.
- Kronauer, Bernd Rodger: Das Parlament und der demokratische Konsolidierungsprozeß in Südafrika, Magisterarbeit Universität zu Köln 1998.
- Lange, Michael A.: Die Parlamentswahlen in Südafrika 1999. In: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 15, 1999, S. 58 - 107.
- Lange, Rolf: Südafrika auf dem Weg zur Demokratie. Föderalismus als Option der Konsolidierung, Münster 1998.
- Levy, Norman und Chris Tapscott: Intergovernmental Relations in South Africa: The Challenges of Cooperative Government, o.O. 2001.
- Märklender, Petra: Die Bedeutung der Presse im Transformationsprozeß Südafrikas, Institut für Afrika Kunde, Hamburg 2000.
- Maylam, Paul: The Politics of Adaption and Equivocation: Race, Class and Opposition in 20<sup>th</sup> Century South Africa. In: KAS Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy, Nr. 2, 2001, S. 169-177.

- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999.
- Merkel, Wolfgang: Systemwechsel. Eine Einführung in die Theorie und die Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999.
- Morgenrath, Birgit: Macht und Ohnmacht der vierten Gewalt. Medien in Südafrika. In: Afrika Süd, Nr. 2, 2000, S. 23 -25.
- Murray, Christina and Lia Nijzink: Building Representative Democracy, South Africa's Legislatures and the Constitution. Online im Internet: <[http://www.parliament.gov.za/eupsp/newsletters/building\\_democracy/index.html](http://www.parliament.gov.za/eupsp/newsletters/building_democracy/index.html)> [zugegriffen am 7. Januar 2004].
- Nijzink, Lia: Opposition in the New South African Parliament. In: KAS Seminar Report. Opposition in South Africa's New Democracy, Nr. 2, 2001, S. 104-109.
- Nohlen, Dieter: Demokratisierung / Redemokratisierung. In: Ders. (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg 2000. S. 169-170.
- o.V.: A dead issue. In: M&G, 16. März 2004. Online im Internet: <<http://archive.mg.co.za/nxt/gateway.dll/PrintEdition/MGP2004/3lv00028/4lv00113/5lv00114.htm>> [zugegriffen am 30. März 2004].
- o.V.: Aids als schwere Bürde für Südafrikas Wirtschaft. Bedrückende Aussichten für das kommende Jahrzehnt. In: NZZ, Nr. 130, 6. Juni 2000, S. 11.
- o.V.: ANC-Sieg bei Kommunalwahlen. In: Afrika Süd, Nr. 6, 2000, S. 4.
- o.V.: Call for 'dishonest' Mbeki to apologise. In: M&G, 28. September 2003. Online im Internet: [www.mg.co.za/Content/13.asp?ao021153&t=1](http://www.mg.co.za/Content/13.asp?ao021153&t=1) [zugegriffen am 28. September 2003].
- o.V.: Mit vereinten Kräften gegen Mbekis Hausmacht. Zusammenschluss zweier Oppositionsparteien in Südafrika. In: NZZ, Nr. 147, 27. Juni 2000.
- o.V.: Picking a premier. In: M&G, 12. März 2004. Online im Internet: <<http://archive.mg.co.za/nxt/gateway.dll/PrintEdition/MGP2004/3lv00028/4lv00113/5lv00143.htm>> [zugegriffen am 30. März 2004].
- o.V.: SA's muddy, polarised election campaign. M&G, 24. März 2004. Online im Internet: <<http://archive.mg.co.za/nxt/gateway.dll/PrintEdition/MGP2004/3lv00028/4lv00076/5lv00099.htm>> [zugegriffen am 30. März 2004].
- Oberreuter, Heinrich: Opposition [1] Westliche Länder. In: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik., Bonn 1998, S. 482 - 486.
- Osmanovic, Armin: Emigration im Neuen Südafrika - Ursachen und Auswirkungen. In: Nord-Süd Aktuell, Nr. 4, 1999, S. 645 - 653.
- Parliament of South Africa: How a law is made. Online im Internet: [www.parliament.gov.za/particip/law.htm](http://www.parliament.gov.za/particip/law.htm) [zugegriffen am 15. Januar 2001].
- Parliamentary Monitoring Group: The structure of government. Online im Internet: [www.pmg.org.za/parlinfo/sectiona2.htm](http://www.pmg.org.za/parlinfo/sectiona2.htm) [zugegriffen am 27. November 2000].
- Patzelt, Werner J.: Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich. Vorschläge zu einer Theorie- und Forschungsdebatte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Sonderband zum 25jährigen Bestehen. Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente, S. 355-385.
- Piazzolo, Marc: Wirtschaftsstandort Südafrika. Warum zögern die ausländischen Investoren mit Direktinvestitionen? In: Afrika Süd, Nr. 3, 2000, S. 19 - 23.
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Harald Waldrauch: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, Opladen 1997.
- Raupach, Ringo: Die Affäre Zuma-Ngcuka. In: Afrika Süd, Nr. 1, 2004, S. 23-24.
- Schmidt, Siegmund: The New Divide. In: IPG, Nr. 4, 2003, S. 148-163.
- Spence, J. E.: Opposition in South Africa. In: Government and Opposition, Vol. 32, Nr. 4, S. 522 - 540.
- Spence, J. E.: Second Chance for the ANC. The 1999 South African General Election. Government and Opposition, Vol. 34, Nr. 4, 1999, S. 456 - 472.
- Stephan, Alfred: Democratic Opposition and Democratization Theory. In: Government and Opposition, Vol. 32. Nr. 4, 1997, S. 657 - 673.
- Vogt, Werner: Fortschritt, Stagnation und Zerfall in Afrikas Süden. Die Gesetzlosigkeit in Simbabwe beeinträchtigt das Image einer ganzen Region. In: NZZ, Nr. 279, 29. November 2000.
- von Beyme, Klaus: Der Begriff der parlamentarischen Regierung. In: Kurt Kluxen (Hrsg.): Parlamentarismus, Köln und Berlin 1971, S. 188-195.
- von Wietersheim, Erika: «Ich bin, weil ihr seid». Afrikanische Tradition wird moderne Sozialethik. In: NZZ, Nr. 141, 20. Juni 2000, S. 34.